

SCHRIFTEN

ZUR STRATEGIE

UND TAKTIK

DES STREIKS



WALTER ULBRICHT

*Revolutionäre
Streikführung*

1

HEFT - PREIS 20 PF.

VERLAG BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Kämpft mit der RGO

Leset die Zeitung Eurer Industrie-Gruppe

Es erscheinen:

Betrieb und Gewerkschaft

Organ für marxistische Strategie und Taktik. Erscheint monatlich einmal
Preis 30 Pfennig Postabonnement vierteljährlich 80 Pfennig

Der Grubenarbeiter

Reichsorgan der RGO Industrie-Gruppe Bergbau. Erscheint monatlich zwei-
mal Preis pro Exemplar 10 Pfennig

Metallblock

Reichsorgan der RGO Industrie-Gruppe Metall. Erscheint monatlich zwei-
mal Preis pro Exemplar 10 Pfennig Postabonnement vierteljährlich 60 Pfennig

Volldampf!

Reichsorgan der RGO Industrie-Gruppe Eisenbahn. Erscheint monatlich
zweimal Preis pro Exemplar 10 Pfennig Postabonnement vierteljährlich 60 Pfennig

Pionier

Reichsorgan der RGO Industrie-Gruppe Bau. Erscheint alle 14 Tage, Preis
pro Exemplar 10 Pfennig Postabonnement vierteljährlich 75 Pfennig

Kampfblock

Reichsorgan der RGO Industrie-Gruppe Gemeinde, Verkehr, Post, Telegraph
und Staat. Erscheint monatlich zweimal, Preis pro Exemplar 10 Pfennig Post-
abonnement vierteljährlich 60 Pfennig

Der Textil- und Bekleidungsproletarier

Reichsorgan der RGO Textil-, Bekleidungs- u. Textilindustrie. Erscheint monatlich
zweimal, Preis pro Exemplar 10 Pfennig Postabonnement vierteljährlich 60 Pfennig

Der Lederindustriearbeiter

Reichsorgan der RGO Industrie-Gruppe Leder. Erscheint monatlich einmal,
Preis pro Exemplar 10 Pfennig Postabonnement vierteljährlich 30 Pfennig

Der Fabrikarbeiter

Reichsorgan der RGO der Chemie-, Papier-, Glas- und Keramikarbeiter.
Erscheint monatlich zweimal, Preis pro Exemplar 10 Pfennig Postabonnement
vierteljährlich 60 Pfennig

Graphischer Block

Reichsorgan der RGO Industrie-Gruppe Graphische Industrie. Erscheint monatlich
zweimal, Preis pro Exemplar 10 Pfennig Postabonnement vierteljährlich 60 Pfennig

Der rote Holzarbeiter

Reichsorgan der RGO Industrie-Gruppe Holz. Erscheint monatlich einmal,
Preis pro Exemplar 10 Pfennig Postabonnement vierteljährlich 30 Pfennig

Tribüne

Reichsorgan der RGO Industrie-Gruppe Nahrungsmittel-, Getränke-, Tabak-
arbeiter, Gastwirtsgewerbe. Erscheint monatlich einmal, Preis pro Exemplar 10 Pfennig
Postabonnement vierteljährlich 30 Pfennig

Kampfstimme

Reichsorgan der RGO Industrie-Gruppe Handel und Banken, Versicherung
Erscheint monatlich einmal Preis pro Exemplar 10 Pfennig Postabonnement
vierteljährlich 30 Pfennig

Der Land- und Forstarbeiter

Reichsorgan der RGO Gruppe Land- und Forstarbeiter, Publikationsorgan
des Deutschen Land- und Forstarbeiter-Verbandes. Erscheint monatlich einmal,
Preis pro Exemplar 10 Pfennig Postabonnement vierteljährlich 30 Pfennig

Rote Wacht

Reichsorgan der RGO Hafen- und Wassertransportarbeiter (Sektion der
Internationalen der Seefahrer und Hafensarbeiter). Preis pro Exemplar 10 Pfennig

Verlag Betrieb u. Gewerkschaft, G. m. b. H.

Berlin C 25, Münzstraße 24

SCHRIFTEN ZUR STRATEGIE
UND TAKTIK DES STREIKS

Nr. 1

REVOLUTIONÄRE
STREIKFUHRUNG
VON WALTER ULBRICHT

VERLAG BETRIEB UND GEWERKSCHAFT / BERLIN C 25

Inhalt

Ein Wort über den Zweck der Schrift	3
Die Vorbereitung des Kampfes	4
Die Ausarbeitung der Kampfbedingungen	4
In der ersten Phase der Bewegung	4
Unsere Teilforderungen im Betrieb	5
Unsere Taktik muß von den Massen getragen sein	6
Die Taktik der Reformisten	7
Die Agitation für die Notwendigkeit des Kampfes	7
Der Tarifvertrag	8
Nur die Kampfkraft erzwingt RGO-Tarife	8
Sicherung abgeschlossener Tarife	9
Laufzeit der Tarife	10
Der Inhalt des Tarifs ist entscheidend	10
Grundsätzlicher Kampf gegen das Schlichtungswesen	11
Die Verknüpfung des wirtschaftlichen mit dem politischen Kampfe	11
Klasse gegen Klasse	12
Marx nicht Leipart	12
Wahlen und Aufgaben der Kampfführung vor dem Streik	13
Die Aufgaben der Kampfausschüsse	14
Die unmittelbare Streikvorbereitung	17
Die Massen zum Kampf gegen den gemeinsamen Feind gewinnen	18
Manövrierfähigkeit nicht einschränken lassen	19
Urabstimmung, eine reaktionäre Methode	20
Termin nicht mechanisch festlegen	20
Die Stilllegung der Betriebe durch Streik	21
Arbeiter berichten über den Streikbeginn	22
Fehler	26
Die wichtigsten Lehren des Streikbeginnes	26
Im Streik	27
Die Solidaritätsbewegung	28
Der Streik muß die Öffentlichkeit beherrschen	28
Revolutionäre Propaganda	29
Politik und Wirtschaftskämpfe	30
Gegen den Reformismus	31
Information, Berichterstattung und Heranziehung von Funktionären	32
Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse	33
Schwache Stellen in der Front	33
Der Streikschutz	35
Die Aufgaben der Arbeiterinnen und Frauen	36
Die Angestellten gehören in die Streikfront	37
Die Lehrlinge im Streik	37
Kleingewerbetreibende und Kleinbauern üben Solidarität	38
Die Pioniere mobilisieren die Kinder	39
Die materielle Unterstützung	39
Die Beendigung des Streiks	40
Die Gründung des roten Einheitsverbandes der Metallarbeiter	44
Ein Schritt vorwärts!	44
Anhang: Die Tarifvertragsforderungen der revolutionären Gewerkschafts- Opposition für die Berliner Metall-Industrie	45

Ein Wort über den Zweck der Schrift

Eine Streikbewegung, die für das gesamte Proletariat große Kampf-
erfahrungen brachte und die Beschlüsse des V. RGI.-Kongresses in
ihrer praktischen Anwendung zeigte, war der Berliner Metallarbeiter-
streik im Oktober 1930. Dieser Streik bildete die Einleitung einer
neuen revolutionären Welle in Deutschland, den Beginn der proletarischen
Gegenoffensive gegen die Lohnrauboffensive der Bourgeoisie,
gegen Faschismus und Youngklaveret. Er war gleichzeitig ein
**Wendepunkt in der Entwicklung der RGO zur gewerk-
schaftlichen Kampforganisation und zur Schaffung roter
Einheitsverbände als gewerkschaftliche Massenorganisa-
tionen der Arbeiter.**

In den Beschlüssen des **5. Weltkongresses der Roten Gewerk-
schafts-Internationale** sind die Grundfragen der Strategie und
Taktik der roten Gewerkschaften und der revolutionären Gewerk-
schaftsopposition für die gegenwärtige Situation festgelegt. Die An-
wendung dieser Beschlüsse im täglichen Kampfe zeigt viele Schwächen
und Fehler, die in der Hauptsache auf ungenügenden eigenen Er-
fahrungen und Unkenntnis der Lehren wichtiger Streikbewegungen
beruhen. Die Schilderungen der Erfahrungen einzelner Streikkämpfe
als Erläuterung der Beschlüsse der RGI. ist deshalb in der gegen-
wärtigen Situation des revolutionären Aufschwunges besonders not-
wendig.

Die Erlahrungen der RGO. im Kampfe der 130 000 Berliner Metall-
arbeiter geben eine konkrete Erläuterung wichtiger Fragen der Streik-
taktik der Roten Gewerkschafts-Internationale. In der vorliegenden
Schrift sollen die aktuellen Fragen des Streikkampfes, vorwiegend
auf Grund der Erlahrungen des Berliner Metallarbeiterstreiks, be-
handelt werden.

Die Vorbereitung des Kampfes Die Ausarbeitung der Kampforderungen

Die Führung der Wirtschaftskämpfe durch die Organisationen der RGO bedingt in jedem Falle von Anfang an die selbständige Ausarbeitung der Forderungen und Taktik mit Hilfe der breitesten Beratung und Beschlußfassung in den Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen sowie in Konferenzen der Klassenkämpfer. Die Taktik muß bestimmt werden auf Grund der Einschätzung der Klassenkräfte, der Lebensbedingungen der Arbeiter, der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage im allgemeinen und in der betreffenden Industrie. Die Taktik ist nur dann eine revolutionäre, wenn sie die Erreichung des nächsten strategischen Zieles, der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kampf um den Sozialismus dient.

Die von den roten Gewerkschaften oder der RGO. den Arbeitern vorgeschlagenen Forderungen haben nur einen Sinn, wenn sie kampfmobilisierend wirken, wenn die Arbeitermassen dafür gewonnen werden können, weil die Forderungen ihren ureigensten Interessen entsprechen. Dabei gilt es, jene Fragen, die die ganze Masse der Arbeiter der betreffenden Industrie oder einiger Betriebe erregt, die eine allumfassende Mobilisierung der Arbeiter ermöglicht, zu zentralen Forderungen der Bewegung zu erheben, aber gleichzeitig durch die Ausarbeitung der speziellen Forderungen für die einzelnen Branchen, Betriebe und Betriebsabteilungen den Kampf um die kleinsten Teilforderungen zu führen.

Wo die RGO. noch schwach ist, muß sie erst recht die größte Initiative entwickeln und rechtzeitig in den Betrieben und reformistischen Gewerkschaften und anderen reaktionären Verbänden ihre Vorschläge begründen, die reformistische Taktik vor den Arbeitern entlarven und die proletarische Einheitsfront unter Führung der RGO. organisieren.

Die Vorbereitung des Berliner Metallarbeiterkampfes begann ungefähr 6 Monate vor dem eigentlichen Streik in einer Situation, wo die Gegenoffensive der Unternehmer auf die Tariflöhne erst begonnen hatte. Der erste Anlaß der Kampfvorbereitung war der Ablauf des Manteltarifes, der die Fragen der Arbeitszeit, des Urlaubs, der Pausen u. dergl. umfaßt und von Lohn tariffs, der erst drei Monate später abließ, getrennt war. Durch die Trennung von Mantel- und Lohn tariffs wollen die Feinde der Arbeiter verhindern, daß die Arbeiter den Lohnkampf mit dem Kampf um die Arbeitszeit verknüpfen. Sie wissen, daß die Arbeiter eher für einen Kampf um Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung gewonnen werden können, als für einen ausgesprochenen Streik für den Sechsstundentag. Die Trennung des Lohn tariffs vom Manteltarif, der die Arbeitszeitfragen behandelt, ist also unmittelbar gegen die Arbeiterinteressen gerichtet.

In der ersten Phase der Bewegung

In der ersten Phase der Bewegung, wo der Manteltarif und damit die Arbeitszeitfrage im Mittelpunkt des Interesses der Metallarbeiter stand, stellte die RGO. den Kampf um 7-Stundentag und 40-Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich in den Vordergrund. Die Reformisten propagierten die 42-Stundenwoche ohne Lohnausgleich. Sie waren also für einen etwa 14prozentigen Lohnabbau.

Obwohl die RGO. in dieser Situation die Arbeitszeit- und Urlaubsforderungen zur zentralen Kampfaufgabe machte, stellte sie gleichzeitig ihr umfassendes Kampfprogramm, das zusammenhängend die Hauptforderungen der Arbeiter enthält, in Form eines Tarifvertragsentwurfs vor den Arbeitern

zur Beratung.* Das Wesentliche in diesen Tarifvertragsforderungen ist die Verbindung der Arbeitszeit- und Lohnfrage sowie die Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen mit den Forderungen der Lehrlinge. Es ist ein Fehler dieses Tarifs, daß die Angestelltenforderungen nicht in den Tarif aufgenommen wurden. In diesem Kampfprogramm ist besonders die Forderung des Garantie-Mindestlohnes wichtig. Die tatsächlich gezahlten Löhne übertrafen damals die im alten Tarif festgesetzten Löhne um etwa 15 Prozent. Es müßte also ein Mindestlohn gefordert werden, der über dem tatsächlich gezahlten Durchschnittslohn lag. Das war um so notwendiger, als der Lohnabbau in erster Linie von den Unternehmern als Abbau der sogenannten „über tariflichen Löhne“ durchgeführt wurde. In den Lohnforderungen sind außerdem die Löhne der niedrig bezahlten Arbeiter und Arbeiterinnen den höher bezahlten weiter angezogen und die Zahl der Lohngruppen verringert worden. Die Tarifgruppe „Frauenlöhne“ ist beseitigt, sodaß für gleiche Arbeit der gleiche Lohn für Arbeiter, Arbeiterinnen und Jugendliche gefordert wird. Die im Vertragsentwurf enthaltenen Forderungen über Arbeitszeit, Garantie des Mindestlohnes, Akkordarbeit und Arbeiterschutz zeigen gleichzeitig die notwendigen Kampfmaßnahmen gegen die kapitalistische Rationalisierung.

Durch diese zusammenhängende Ausarbeitung der Arbeiterforderungen wird eine umfassende Mobilisierung der Arbeiter erreicht und die Teilbewegungen in einzelnen Betrieben auf der Basis der zentralen Kampfkombosionen vereinigt und vorbereitet. Die Verknüpfung der Arbeitszeit- und Lohnforderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen mit den speziellen Forderungen der Angestellten und Lehrlinge ist die Voraussetzung für die allumfassende Mobilisierung aller Beschäftigten der betreffenden Industrie oder der betreffenden Betriebe. So wird von vornherein die reformistische Streikbruchtaktik der Differenzierung zwischen einzelnen Arbeitergruppen bekämpft. Schon in der Vorbereitung des Kampfes wird dadurch bei den Arbeitern Klarheit geschaffen, daß die Angestellten und Lehrlinge für den Streik gewonnen werden müssen.

Unsere Teilforderungen im Betrieb

Im Zusammenhang mit dem zentralen Kampfprogramm sollen für jeden Betrieb und in der Regel auch für die Betriebsabteilungen besondere Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Beseitigung der dortigen Mißstände aufgestellt werden, wie z. B. Verbesserung der sanitären Verhältnisse, Einrichtung ausreichender Garderoben und Waschlagenheiten, Wiedereinführung der bezahlten Waschzeit vor den Pausen und vor Arbeitsbeginn, Bereitstellung von warmem Wasser zum Waschen, Schaffung besserer Frühstücksräume, Bewilligung von Schutzkleidung, Anschaffung von Verbandskästen, Verbesserung der Ventilation in den Arbeitsräumen, regelmäßige Kontrolle der Sicherheitsvorrichtungen, Schutz vor allen Schikanen durch Vorgesetzte u. dergl. Diese Forderungen werden dann von einer von den Arbeitern gewählten Verhandlungskommission oder vom vorbereitenden Kampfausschuß gegenüber dem Unternehmer begründet und die Durchführung gefordert.

In der Berliner Metallbewegung wurden u. a. folgende Forderungen aufgestellt:

Betrieb K. und D.: Der Lohn soll für Montage und Werkstatt gleich sein; Fahrgeld und Laufzeitentschädigung soll bei jeder Mon-

*) Siehe Anhang, Seite 45 „Die Tarifvertragsforderungen der RGO. für die Berliner Metallindustrie.“

tage bezahlt werden; ausreichende Waschgelegenheit, fünf Minuten bezahlte Waschzeit vor jeder Pause; Schutzkleidung für schmutzige und Außenarbeit; Milch für Bleiarbeiter; volle Bezahlung der Arbeitszeit, besonders bei Aussetzen auf Montage; 20 Pfennig Lohnerhöhung die Stunde; 40-Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich; Ablehnung jeglichen Lohnbaues.

Betrieb N. K.: Wiedereinführung der Waschzeit; endgültiges Zurückziehen und Nichtwiedereinbringen des Nachtrages zur Arbeitsordnung, der Geldstrafen vorsieht.

Betrieb F.: Verbesserung der Garderoben, für jeden Arbeiter einen verschließbaren Schrank, Bezahlung der Waschzeit, bessere Behandlung der Lehrlinge, Bezahlung der Schulzeit für die Jugendlichen.

Die **Stemmenboten (jugendliche Arbeiter)** verlangen neben den Lohn- und Arbeitszeitforderungen: Absetzung des Botenschefs, Toiletten für die Boten, kostenlose Lieferung von Kleidung, besseres Essen, Anerkennung der roten Vertrauensleute.

Unsere Taktik muß von den Massen getragen sein

Die Forderungen der RGO. haben nur einen Zweck, wenn sie in der Tat durch Beratung und Beschlußfassung in den Abteilungs- und Belegschaftsversammlungen zu den Forderungen der Belegschaft gemacht werden. Die endgültige Beschlußfassung über Forderungen und Taktik geschieht in der **Delegierten-Konferenz**, zu der alle Arbeiter — organisierte und unorganisierte — in den Abteilungs- oder Betriebsversammlungen ihre Delegierten wählen. Während die Reformisten ihre Funktionäre anstelle der Arbeiter beschließen lassen, verwirklicht die RGO. die proletarische Demokratie, indem sie die Arbeiter zur Delegiertenwahl aufruffert.

Bei der Beratung der Taktik in den Betriebsversammlungen hören die Arbeiter, wer am klarsten ihre Interessen vertritt und wählen ihn als Delegierten. Die gewählte Delegiertenkonferenz ist der treueste Ausdruck des Willens der Arbeitermassen, gibt die beste Möglichkeit, Schwankungen und rückständige Stimmungen zu überwinden und ist ein wichtiges Mittel, um die einheitliche Durchführung der Beschlüsse in allen Betrieben zu erreichen. Die Delegierten sollen nicht nur beraten, sondern sie sind verantwortlich für die **erste Durchführung der Beschlüsse in ihrem Betrieb.**

Ändert sich die Kampfsituation, z. B. durch Aenderung der Taktik der Unternehmer oder der reformistischen Bürokratie oder durch Eingreifen der Staatsgewalt, so muß die RGO. sorgfältig prüfen, ob und wie ihre Taktik und ihre Losungen geändert werden müssen und welche Fragen in der veränderten Situation im Mittelpunkt des Interesses der Arbeitermassen stehen. In der Berliner Metallarbeiterbewegung wurde z. B. beim Ablauf des Mantelarifes die Bewegung unter der Hauptlosung „für Seibenstundentag und 40-Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich“ begonnen. Damit waren die tariflichen Teilforderungen verknüpft und die Forderung von 20 Pfennig Lohnerhöhung. Als aber die Unternehmer später beim Ablauf des Lohn-tarifes 15 Prozent Lohnabbau forderten, wurde die Losung „keinen Pfennig Lohnabbau“ zur zentralen Kampflösung. Die frühere Forderung „20 Prozent Lohnerhöhung“ wurde aufgegeben und durch die allgemeine Losung „Erhöhung der Löhne“ ersetzt. Als während des Streiks Unternehmer, Regierung und Reformisten den Lohnabbau mit einem Schlichtungsdiikt durchsetzen wollten, wurde die Losung „Nieder mit dem Schlichtungsweisen“ zur zweiten Hauptlosung.

Wenn aus Anlaß der Verhaftung der Streikleitung, der Erschießung von Arbeitern oder einem anderen politischen Anlaß die Kommunistische Partei und

die Streikleitung zum politischen Massenstreik auferufen hätten, dann wäre die betreffende aktuelle Kampflösung eine zentrale Aktionslösung geworden. Aber auch in diesem Falle hätten die ursprünglich wirtschaftlichen Forderungen weiter aufrecht erhalten werden müssen. In den Betrieben anderer Industrien, die in den politischen Massenstreik getreten wären, müßten neben der politischen Kampflösung sofort wirtschaftliche Forderungen gestellt werden.

Die Taktik der Reformisten

Die Reformisten haben bei Beratung dieser Forderungen in den Betrieben die Frage gestellt: Welchen Zweck hat es, angesichts des Unternehmerangriffs auf den Lohn noch besondere Forderungen zu stellen? Diese detaillierte Einstellung formulierte das Zentralorgan der SPD., der „Vorwärts“ am 1. Oktober 1930 so:

„Die Unternehmer sind die Angreifer. Nach ihrer Taktik muß und wird sich auch die der Gewerkschaften richten. Das Statut des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes schreibt vor, daß vor dem Eintritt in einen Kampf alle Verständigungsmöglichkeiten erschöpft, d. h. auch die Schlichtungsinstanzen angezogen werden müssen. Für diesen Fall muß verlangt werden,

daß der Schlichtungsausschuß noch in dieser Woche zusammentritt und eine Entscheidung fähig ist.“

Die reformistischen Gewerkschaften machen also ihre Taktik von den Maßnahmen der Unternehmer abhängig und setzen ihre ganze Hoffnung auf den Schiedsspruch des staatlichen Schlichters. Diese Taktik ergibt sich notwendig aus der Unterstützung der kapitalistischen Wirtschaft. Während die Unternehmer zum Kampf rüsten, eilige Arbeiten mit Überstunden fertigstellen lassen oder in andere Betriebe vergeben und ihren Kampffonds stärken, wartete die reformistische Bürokratie und gehorcht dann ihren Befehlen. Die Aufstellung von Arbeiterforderungen in den Betrieben und Gewerkschaften, die Aufrüttelung der Masse der Arbeiter ist selbstverständlich unvereinbar mit dieser wirtschaftsfriedlichen Politik der Reformisten.

Gerade die Absicht der Unternehmer, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, erfordert eine rechtzeitige und sorgfältige Ausarbeitung der Arbeiterforderungen, damit die Arbeiter rechtzeitig alle Kampfmaßnahmen treffen und nicht nur erfolgreich die von den Unternehmern versuchten Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen abwehren, sondern im Gegenangriff Verbesserungen der Arbeitsbedingungen durchsetzen können.

Das bedeutet keinesfalls, daß es nach Aufstellung von Forderungen immer zum Streik kommen wird. Aber stets ist eine gründliche Massenmobilisierung notwendig als Voraussetzung der Bewilligung von Teilforderungen auf dem Verhandlungswege, oder, wenn die RGO. noch zu schwach ist, dann muß die Erregung der Arbeiter ausgenutzt werden zur Schaffung der Voraussetzungen für den Kampf zu einem späteren Zeitpunkt.

Die Agitation für die Notwendigkeit des Kampfes

Richtige Forderungen erreichen aber nur ihren Zweck, wenn sie in der Tat die Massen erfassen. Deshalb ist die Agitation für die Forderungen, ihre ausführliche Begründung, von entscheidender Bedeutung für die Vorbereitung der Bewegung. Es genügt dabei nicht, allgemein über die Notwendigkeit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu reden, sondern es muß für jeden einzelnen Betrieb, für jede Branche, ja für jede Abteilung bewiesen werden, wie durch die Rationalisierung, durch Aenderung der Akkordberech-

nung, durch neue Steuern, Zölle usw. die Arbeitsbedingungen verschlechtert wurden. Auf Grund der Löhnhüte der einzelnen Arbeiter und der Haushalt-einnahmen und Ausgaben der einzelnen Arbeiterfamilien gilt es, jedem Arbeiter und jeder Arbeiterfrau zum Bewußtsein zu bringen, warum der Kampf für die Durchsetzung der RGO-Forderungen notwendig ist. In den Betriebsversammlungen, Abteilungsversammlungen, durch Demonstrationen der Belegschaft, in Erwerbslosenversammlungen, Versammlungen der Frauen, der Arbeiter des Betriebes, Versammlungen der Kleingewerbetreibenden in der Umgebung des Betriebes gilt es, nicht nur die im Betrieb stehenden Arbeiter, sondern darüber hinaus die Frauen, Erwerbslosen und Mittelschichten zum Kampf zu mobilisieren.

Der Tarifvertrag

(Aus den Beschlüssen des 5. RGL-Kongresses.)

„Sorgfältigste Vorbereitung, energische selbständige Durchführung und bestmögliche Ausnützung der Tarifkampagnen für die Organisierung des Kampfes um bessere Arbeitsverhältnisse, für die Betrelung der Massen vom sozialfaschistischen Einfluß und ihre Eroberung für die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung. Die roten Gewerkschaften müssen darauf dringen, daß sie die Arbeiter beim Abschluß der Tarifverträge vertreten. In Ländern, wo rote Gewerkschaften nicht bestehen, sollen die RGL-Anhänger die Initiative übernehmen hinsichtlich des Abschlusses von Tarifverträgen durch Arbeitervertreter in Gestalt von Tarifausschüssen, die von allen Arbeitern in Betriebsversammlungen gewählt werden.“

Die RGL-Anhänger müssen eine großangelegte Massenkampagne gegen die von den Gewerkschaftsbürokraten und Kapitalisten hinter den Kulissen betriebenen Tarifverhandlungen und für eine Stellungnahme zu den Tarifverträgen in den Betrieben einleiten. Den Massen muß klar gemacht werden, daß von der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie abgeschlossene Tarifverträge nur eine „juristische Festigung der Einheitsfront der Gewerkschaftsbürokratie und der Unternehmer gegen die Arbeiter“ (IV. Kongreß) sind. Durch Einleitung einer breiten Aufklärungskampagne ist die Annahme von Arbeiterbeschlüssen in dem Sinne zu erzielen, daß die Arbeiter nur solche Verträge anerkennen werden, zu denen sie Stellung genommen und ihre Zustimmung gegeben haben und die daraufhin in ihrem Namen von den selbstgewählten Tarifausschüssen abgeschlossen werden.“

Bei der Vorbereitung des Berliner Metallarbeiterkampfes behaupteten die Reformisten in den Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen, daß die RGO gegen Tarifverträge sei. Damit wollte sie sagen, daß die RGO überhaupt nicht für die Tagesforderungen der Arbeiter eintritt. Als die RGO ihre Kampfparadern in Form eines Tarifvertragsentwurfes veröffentlichte und in den Metallbetrieben vor den Arbeitern zur Diskussion stellte, sahen die Reformisten nur noch einen Weg der Gegenaktion, sie schrieben einige Forderungen ab, vermengten sie mit ihren alten Tarifvorschlägen und glaubten, so die Arbeiter Irre führen zu können. Aber auch dadurch konnten sie den grundsätzlichen Gegensatz zwischen der revolutionären und reformistischen Stellung zum Tarifvertrag nicht verschleiern.

Nur die Kampfkraft erzwingt RGO.-Tarife

Die tarifmäßige Aufstellung unserer Forderungen ist ein Mittel der Kampforganisation, zur Durchsetzung der Arbeiterforderungen. Nur auf Grund der Kampfkraft roter Verbände und der RGO. werden die Unternehmer und

Unternehmergruppen bereit sein, mit uns Tarife abzuschließen.“^{*)} Der Tarif ist nichts anderes als eine schriftliche Festlegung der erkämpften Arbeitsbedingungen, wie sie dem jeweiligen Kräfteverhältnis entsprechen. Aufgabe der Arbeiter ist es, die Vertragskraft auszunutzen, um neue Kräfte zum Kampfe zu sammeln. Ueber den Zweck von Verträgen sagte Lenin:

„Im Kampfe schließen die Arbeiter diesen oder jenen Vertrag, das ist aber nur eine Methode der Kräftesammlung und nichts weiter.“

Für die Organisierung der Kämpfe und der Aufstellung von Tarifforderungen ist für uns keineswegs der Ablauf der reformistischen Tarife bestimmend, sondern es sind die konkreten Kampfmöglichkeiten maßgebend.

Der Landarbeitertarif läuft z. B. am 31. Dezember ab. Das ist ein ungünstiger Termin. Wir benutzen diesen Tarifablauf zur Mobilisierung der Landarbeiter für einen Streik. Der reformistische Tarifabschluß zum 1. Januar ist für uns ein Anlaß, die Landarbeiter von der Notwendigkeit des Streiks unter Führung des Roten Verbandes im Frühjahr zu überzeugen und die Kampfvorbereitungen mit verstärkten Kräften zu führen. Die RGO. muß für die Kampfauslösung und deren Termin eine selbständige, bewegliche Taktik entwickeln, den Kampf dann auslösen, wenn die Situation günstig ist, ohne sich starr auf irgendwelche Tarifabläufe usw. einzustellen.

Die Vorbereitungen eines allgemeinen Kampfes für Tarifforderungen, die ergänzt werden müssen durch Tagesforderungen der einzelnen Belegschaften, dürfen nicht zu einer Verzögerung oder gar Verhinderung von Teilbewegungen bis zur Durchführung des allgemeinen Streiks führen. Im Gegenteil, erfolgreiche Betriebskämpfe wirken anregend und bringen oft die anderen Betriebe mit zurückgebliebenen Belegschaften in Bewegung. Im Sinne einer vorbildlichen Verbesserung der Arbeitsbedingungen in einzelnen Betrieben sind wir auch für betriebliche Vereinbarungen, die aber nicht zu einer Isolierung der betreffenden Belegschaft von den anderen Belegschaften der Industrie führen dürfen.

Sicherung abgeschlossener Tarife

Ist ein Tarif von einer Roten Gewerkschaft oder einer Streikleitung mit Erfolg abgeschlossen, so sind damit längst nicht die gerade erkämpften Verbesserungen gesichert. Die Unternehmer haben unzählige Methoden der täglichen Durchbrechung der Verträge. Niemals dürfen wir vergessen, daß auch der beste Tarifvertrag täglich aus neue erkämpft werden muß. Gleichzeitig ist der Kampf um die betrieblichen Teilforderungen ohne Rücksicht auf den bestehenden Tarifvertrag weiter zu führen. Die Einhaltung des Tarifvertrages und die weiteren betrieblichen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen hängen ausschließlich von der Kraft der Arbeiter ab. Es ist deshalb größter Opportunismus, wenn hier und da versucht wird, die Mobilisierung der Belegschaft durch Verströung auf das Arbeitsgericht zu ersetzen.

Die Unternehmer wollen selbstverständlich durch den Tarifvertrag die Arbeiter binden. Sie wollen den Tarif zu einem Schutzmittel gegen Streiks machen. Im Gegensatz dazu darf uns der Tarifvertrag niemals ein Hindernis zum Kampf um Verbesserung der Arbeitsbedingungen sein. Ebenso wenig kann er die Roten Gewerkschaften und die RGO. hindern, zu Soll-

^{*)} Siehe Anhang, Seite 45 „Die Tarifvertragsforderungen der RGO. für die Berliner Metallindustrie.“

daritätsstreiks aufzurufen und an politischen Massenstreikbewegungen teilzunehmen. Für die

Laufzeit der Tarife

kann kein irgendwelches Schema maßgebend sein. Sie ist abhängig von der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage, der Entwicklung der Klassenkräfte und der besonderen konjunkturellen Verhältnisse in der betreffenden Industrie. Z. B. in einer Industrie oder einem Betriebe mit verhältnismäßig guter Beschäftigung werden wir den Vertrag möglichst mit monatlicher Kündigung abschließen. In der Wirtschaftskrise, in einer Situation des allgemeinen Lohnabnabes kann eine etwas längere Laufzeit vereinbart werden. In einer Saisonindustrie werden wir eventuell den Tarif bis zum Beginn der nächsten Saison, also etwa ein halbes oder dreiviertel Jahr vereinbaren.

Steht der Ablauf eines von den Reformisten abgeschlossenen Vertrages bevor, so fordert die RGO, in der Gewerkschaft die Kündigung des Tarifes durch Beschluß der Mitglieder und Funktionäre. Gleichzeitig berät sie in den reformistischen oder christlichen Gewerkschaftsversammlungen ihren eigenen Tarifentwurf bzw. den der Roten Gewerkschaft und ihre Taktik zur Durchsetzung der Kampfforderungen. Nur wenn die Mitglieder der Roten Gewerkschaft der betreffenden Industriegruppe und der RGO, in den Betrieben die Mitglieder der reformistischen oder christlichen Gewerkschaft systematisch beeinflussen und zugleich in den Versammlungen der reformistischen Gewerkschaften fraktionsmäßig die Opposition organisieren, werden wir die reformistische Bürokratie isolieren und ihre Streikbrecherrolle unwirksam machen.

Der Inhalt des Tarifs ist entscheidend

Für die Reformisten ist der Tarifvertrag ein Arbeitsgemeinschaftspakt zwischen Unternehmerorganisationen und Gewerkschaftsbürokratie. Für sie ist weniger der Inhalt des Tarifs als die Aufrechterhaltung der Zusammenarbeit mit den Unternehmerorganisationen als Weg zur „Wirtschaftsdemokratie“ maßgebend. Schließlich sind auch die Faschisten für den kollektiven Arbeitsvertrag. Entscheidend ist der Inhalt des Vertrages. Während die Kapitalisten bei Tarifverhandlungen ihre kapitalistischen Klasseninteressen vertreten, verzichten die Reformisten von vornherein auf die ausschließliche Vertretung der Arbeiterinteressen. Sie sind vielmehr bestrebt, die kapitalistischen Wirtschaftsinteressen in Einklang mit den Arbeiterinteressen zu bringen. Dabei werden selbstverständlich die Arbeiterforderungen preisgegeben. Die Mitarbeit in der kapitalistischen Wirtschaft, das „Eindringen“ der sozialdemokratischen Bürokratie in die Wirtschaftsorgane im Sinne der „Wirtschaftsdemokratie“ ist ihr Hauptziel, nicht aber die unmittelbare Vertretung der Arbeiterinteressen.

Der Widerspruch zwischen den Arbeiterinteressen und der wirtschaftsfriedlichen Politik des Reformismus gebietet ihnen die Anwendung der Methoden der kaiserlichen Geheimdiplomatie bei den Tarifverhandlungen und der Beseitigung der proletarischen Demokratie in den Gewerkschaften. Während die Unternehmer durch Kurzarbeit, Entlassungen, Betriebsstilllegungen und Mobilisierung der Staatsgewalt die Tarifverhandlungen vorbereiten, wenden sich die Reformisten in der Regel gegen die Mobilisierung der Arbeiter und setzen ihre Hoffnung auf Appelle an Unternehmer und Schlichtungsinstanzen. Es ist klar, daß Tarifvereinbarungen, die unter solchen Bedingungen zustande kommen, niemals dem realen Kräfteverhältnis entsprechen können. Dasselbe gilt erst recht für die Schiedssprüche der staatlichen Schlichtungsinstanzen.

Grundsätzlicher Kampf gegen das Schlichtungswesen

Die Staatsgewalt, als Geschäftsträger der kapitalistischen Gesamtinteressen, wird stets die Klassenfeinde der Arbeiter unterstützen. Deshalb bekämpft die RGO, grundsätzlich das staatliche Schlichtungswesen. Die wirtschaftsfriedliche Tarifpolitik hat die Differenz zwischen dem Tariflohn und dem tatsächlich gezahlten Nominallohn vor allem in der Zeit der Konjunktur vergrößert. Das zeigt, wie weit die tariflichen Vereinbarungen zwischen reformistischen Führern und Unternehmern unter dem tatsächlichen Kräfteverhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern liegen. Die Arbeiter haben durch Teilkämpfe in den Betrieben bedeutend höhere Löhne errungen, als im Tarif festgelegt wurden. Wären die reformistischen Gewerkschaften Kampforganisationen, so hätten sie die vorhandene Kampfkraft der Arbeiter zusammenfassen und steigern müssen und damit erreicht, daß zumindest jene Forderungen allgemein durchgesetzt und tariflich festgelegt worden wären, die durchschnittlich von den Unternehmern in den einzelnen Betrieben unter dem Drucke der Belegschaft in der Tat bewilligt worden waren.

Die Differenzen zwischen Tariflohn und tatsächlich gezahltem Lohn erleichtert den Unternehmern in der Wirtschaftskrise den Lohnabbau. Wenn im Berliner Metallarbeiterkampf die Reformisten sich sogar schriftlich zu einem achtprozentigen Lohnabbau bereit erklärten, so beweist das, wie die Unterordnung der Arbeiterinteressen unter die kapitalistischen Wirtschaftsinteressen sogar dazu führt, daß der reformistische Tarifvertrag zur juristischen Festlegung der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wird. In der Tat sind die von den Reformisten mit den Unternehmerorganisationen abgeschlossenen Tarifverträge ebenso wie die Schiedssprüche der staatlichen Schlichtungsinstanzen immer gegen die Arbeiterinteressen gerichtet. Diese Vereinbarungen sind für die Arbeiter immer schlechter als es dem tatsächlichen Kräfteverhältnis entspricht. Deshalb müssen es die Arbeiter ablehnen, die von den reformistischen Führern abgeschlossenen Tarifverträge irgendwie anzuerkennen. Die Arbeiter anerkennen nur solche Verträge, die von ihnen beraten und beschlossen wurden und von der von ihnen beauftragten Verhandlungskommission oder Streikleitung unterzeichnet sind.

Die Verknüpfung des wirtschaftlichen mit dem politischen Kampfe

Der Metallarbeiterstreik wurde in der Zeit der Verschärfung der Wirtschaftskrise als Kampf gegen den Lohnraub und gegen die Hungerdiktatur der Regierung, in deren Programm der Lohnabbau das Kerstück war, geführt. „Keinen Pfennig Lohnabbau“, das war die zentrale Aktionslosung unter der die Metallarbeiter in den Streik traten. In der Tat richtete sich der Kampf gegen das Unternehmertum, wie gegen die Staatsgewalt der herrschenden Klasse, die ihre Machtmittel für den Lohnraub und die Niederschlagung des Streikkampfes — unterstützt von der Sozialdemokratie — einsetzte. Der als Abwehrkampf gegen den Lohnraub begonnene Streik konnte unter diesen Bedingungen nur durch seine revolutionäre Verbreiterung und Verschärfung, durch die Gegenoffensive der breitesten Arbeitermassen, zum Siege geführt werden. Das erforderte die breiteste proletarische Einheitsfront, die Gewinnung der unter reformistischem Einfluß stehenden Streikenden für die Taktik der revolutionären Gewerkschaftsopposition, die Verbreiterung der Streikfront, die Solidaritätsbewegung in

den anderen Industrien und unter den Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern, die K. mitgemeinschaft mit den Erwerblosen und die innige Verknüpfung der wirtschaftlichen Forderungen mit den politischen Kampflösungen.

Es galt den Kampf um das Stück Brot des revolutionären Proletariats und ihrer Führerin der Kommunistischen Partei mit dem Kampf gegen die Volksausplünderung und Unterdrückung zu verbinden und dabei den werktätigen Massen zum Bewußtsein zu bringen, daß ihnen Brot, Arbeit und Freiheit erst gesichert ist, wenn durch die Sowjetmacht die Fabriken, die Banken und der Grund und Boden im Besitz der Arbeiterklasse sind. Nur wenn die wirtschaftlichen mit den politischen Kampfaufgaben verknüpft und der revolutionäre Ausweg gezeigt wird, führt der Streikkampf nicht nur zur Erreichung von Teilforderungen oder zur teilweise Abwehr der Hungermaßnahmen des Gegners, sondern auch zur Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiter, zur Stärkung der Kampfkraft der proletarischen Klasse, zur Vorbereitung politischer Massenstreikbewegungen. Er wird zur revolutionären Schule der Arbeiterklasse. In den Beschlüssen des 5. RGL-Kongresses wird darüber gesagt:

Klasse gegen Klasse

„Die Aufstellung richtiger politischer Lösungen in Verbindung mit Wirtschaftskämpfen ist am besten dazu geeignet, ihnen den Charakter des wirklich bewußten Kampfes

„Klasse gegen Klasse“

zu verleihen. Darum sind die Opportunisten sowohl vom sozialdemokratischen als auch vom syndikalistischen Typus, die sich der Revolutionierung des Wirtschaftskampfes widersetzen, besonders scharf gegen eine Verknüpfung von Streikforderungen mit irgendwelchen politischen Lösungen eingestellt.

... es handelt sich hauptsächlich darum, den begonnenen wirtschaftlichen Streikkampf noch mehr zu verstärken, ihn auf das höhere Niveau eines Kampfes von revolutionärer Bedeutung zu heben, indem man das Kampfprogramm mit solchen konkreten politischen Lösungen erweitert, die in klarem, augenscheinlichen Zusammenhang mit dem Verlauf des betreffenden Streiks oder mit den aufgestellten wirtschaftlichen Forderungen stehen. Vor allem wird das Eingreifen des Staatsapparates in wirtschaftliche Konflikte ebenso wie die neuen faschistischen Gesetzgebungsakte der Bourgeoisie von den Arbeitermassen als direkte Herausforderung aufgefaßt, auf die sie bei richtiger Taktik der revolutionären Gewerkschaftsbewegung mit Aufstellung entsprechender allgemein klassenkämpferischer Lösungen und Forderungen antworten.“

Im Berliner Metallarbeiterkampf wurden neben den wirtschaftlichen Forderungen u. a. die folgenden politischen Teilforderungen aufgestellt: Gegen das Schlichtungssystem! Fort mit der Politz von den Betrieben! Für Demonstrationsthefreiheit! Für sofortige Freilassung der verhafteten Arbeiter! Gegen die Diktaturverordnungen der Hungerregierung!

Marx, nicht Leipart

Während die RGL die Streikämpfe im Sinne von Karl Marx als einen Teil des proletarischen Klassenkampfes mit dem Ziele der Vernichtung der kapitalistischen Ausbeutung führt, ist das „strategische Ziel“ der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbourgeoisie die Wirtschaftsdemokratie, die Zusammenarbeit von Unternehmern und Gewerkschaften mit Hilfe des kapitalistischen Staates im „Interesse der Produktion“. Der Stockholmer Kongreß der Amsterdamer Internationalen hat die „Produktionspolitik“ als

zentrale Aufgabe proklamiert und damit ausdrücklich die Unterordnung der Arbeiterinteressen unter die „Interessen der Produktion“, d. h. unter den Willen der finanzkapitalistischen Beherrscher der Produktionsmittel, beschlossen. Deshalb wandte sich die reformistische Bürokratie gegen jede Streikkräftigung und erklärte: „Streik in der Wirtschaftskrise ist ein Verbrechen“. Allerdings, vom Standpunkt der kapitalistischen Wirtschaftsinteressen ist der Streik ein „Verbrechen“, denn in der Wirtschaftskrise führt eine Welle von Streikbewegungen zu tiefen Erschütterungen des kapitalistischen Systems. Die Bourgeoisie beantwortet durch die Streikbewegung mit der Mobilisierung der staatlichen Gewaltmittel und der faschistischen Organisationen und benutzt die reformistischen Gewerkschaften zur Zersetzung und Spaltung der Arbeiterfront. Die Arbeiterklasse lehnt diese Erfahrungen, daß sie zu höheren revolutionären Methoden des Angriffes übergehen muß. Die Arbeiterklasse muß erst recht die Schwierigkeiten des Kapitalismus in der Wirtschaftskrise ausnutzen zum Kampfe gegen die kapitalistische Ausbeutung überhaupt, wie es von Karl Marx in seiner Broschüre „Lohn, Preis und Profit“ als Aufgaben der Gewerkschaften bezeichnet wurde:

„Die Gewerkschaften arbeiten gut als Widerstandszentren gegen die Übergriffe des Kapitals, sie erweisen sich teilweise als unwirksam infolge unverständigen Gebrauchs ihrer Macht. Sie verlieren im allgemeinen ihren Zweck, weil sie sich zu einem Guerillakrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems beschränken, statt gleichzeitig auf seine Umwandlung hinzuarbeiten und ihre organisierte Kraft als einen Hebel zur endgültigen Beseitigung der arbeitenden Klasse, das heißt der endgültigen Abschaffung des Lohnsystems zu gebrauchen.“

Wahlen und Aufgaben der Kampfführung vor dem Streik

Die Vorbereitung des Kampfes macht die Wahl einer Führung notwendig, die vom Vertrauen der Arbeitermassen getragen ist. Die Erfahrungen aller größeren Kämpfe lehren, daß der Streik nach den Beschlüssen der zentralen Streikleitung in den Betrieben begonnen und erfolgreich durchgeführt wurde, wo im Betrieb vorbereitende Kampfausschüsse bestanden, die unter Führung der RGO, oder der roten Verbände die Einheitsfront der Arbeiter verkörperten. Diesen Ausschüssen sollen kommunistische, parteilose, sozialdemokratische und christliche Arbeiter angehören, die bereit und befähigt sind, auf der Grundlage der beschlossenen Taktik den Kampf zu führen.

Neben den Arbeitern, Arbeiterinnen und Jugendlichen aus dem Betrieb wählen auch die Erwerblosen, die Frauen aus den Wohngebeten und die Landarbeiter und Kleinbauern aus dem Patenschaftsbereich Vertreter in den Kampfausschü. Keinesfalls dürfen die Mitglieder des vorbereitenden Kampfausschusses von den Funktionären oder Mitgliedern der roten Verbände oder der RGO ernannt werden. Die führende Rolle der Roten Gewerkschaften muß vielmehr darin zum Ausdruck kommen, daß ihre Funktionäre und Mitglieder so vorbildlich die Arbeiterinteressen vertreten, daß sie, getragen vom Vertrauen der Arbeiter, in die Leitung gewählt werden und daß sie verstehen, die in den reformistischen und christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter für die Taktik der roten Gewerkschaften zu gewinnen.

Die Wahl des Kampfausschusses im Betrieb, die Stellungnahme zu den zentralen Kampfforderungen sowie die Beschließung über die betrieblichen Forderungen muß durch eine gründliche Diskussion aller Arbeiter in

allen Abteilungen vorbereitet werden. Zu diesem Zwecke sind die Vorschläge allen Arbeitern durch die Betriebszeitung mitzuteilen und zu begründen.

Die führenden reformistischen und christlichen Führer sind zu solchen Versammlungen zu laden, damit ihre arbeiterfeindliche Taktik unmittelbar und rechtzeitig von den Arbeitern entlarvt werden kann. In diesen Abteilungsversammlungen ist auch die Wahl revolutionärer Vertrauensleute vorzunehmen. Auf Grund der Vorschläge der Abteilungs-, Werkstatt- oder Blockversammlung wird in der Belegschaftsversammlung der vorbereitende Kampfausschuß für den Betrieb gewählt.

In die Kampfausschüsse kann jeder Arbeiter gewählt werden, der auf dem Boden der beschlossenen Taktik und der Forderungen steht und fähig ist, in der Kampflührung tätig zu sein. Dem Ausschuss sollen eine möglichst große Anzahl Arbeiter angehören, in Betrieben mit 500 Mann etwa 30, mit 1000 Mann etwa 70 und in größeren Betrieben entsprechend mehr. Bei der Wahl ist von Fall zu Fall zu entscheiden, ob es zweckmäßig ist, die Namen aller Mitglieder des Kampfausschusses öffentlich bekannt zu geben. In größeren Betrieben ist es notwendig, außerdem für die einzelnen Blocks oder gemeinsam für mehrere Werkstätten oder Abteilungen Kampfausschüsse zu wählen.

Auch in kleineren Stätten, wo nur zwei oder drei Groß- oder Mittelbetriebe sind, soll im Interesse einer gründlichen Durcharbeitung jedes Betriebes und der verantwortlichen Beschlußfassung in jedem einzelnen Betrieb ein vorbereitender Kampfausschuß gewählt werden. Für nahe beieinander gelegene Kleinbetriebe ist die gemeinsame Wahl eines Kampfausschusses zweckmäßig.

In allen Fällen ist es nützlich, in späteren Betriebsversammlungen den Kampfausschuß weiter zu ergänzen und zu verstärken. Die Wahl des zentralen Kampfausschusses für das Gesamtgebiet sowie der Ausschüsse für einzelne Unterbezirke oder Stätten soll in jedem Falle auf Delegierten-Konferenzen erfolgen, zu denen die Delegierten in den allgemeinen Versammlungen der Betriebsabteilungen oder Werkstätten gewählt werden.

Die vorbereitenden Kampfausschüsse sind nicht nur beratende und beschließende Organe, sondern Arbeitskörper. Jedes gewählte Mitglied ist zu ständiger Mitarbeit verpflichtet. Auf Grund der praktischen Erfahrungen der besten Kampfausschüsse wollen wir im folgenden

Die Aufgaben der Kampfausschüsse

Im Zusammenhang mit der Verteilung der Arbeit skizzieren.

Der Kampfausschuß wählt eine engere Leitung aus den besten Funktionären, von denen ein Teil mit der Leitung der wichtigsten Kommissionen beauftragt wird. Die erste Aufgabe des Kampfausschusses ist die Mobilisierung der Belegschaft, die Durcharbeitung aller Abteilungen, aber besonders der für die Durchführung des Streiks entscheidenden Abteilungen, sowie die spezielle Mobilisierung der Arbeiterinnen, der Jugendlichen, der Angestellten und der Erwerbslosen des betreffenden Gebietes. Besonders sorgfältig muß die Agitation unter den Mitgliedern der reformistischen, christlichen und faschistischen Organisationen durchgeführt werden.

Im Zusammenhang mit der Mobilisierung der Belegschaft sind die organisatorischen Maßnahmen zum Aufbau des Kampfapparates wie: die Wahl der Vertrauensleute, Organisation der roten Betriebswehr, Organisation der Verbindung mit anderen Belegschaften, mit Erwerbslosen usw., sowie die Beschaffung der finanziellen Mittel für die Streikvorbereitung durchzu-

14

führen. Bei allen diesen Aufgaben sind die stärksten Kräfte von vornherein auf die entscheidenden Stellen zu konzentrieren. Das gilt sowohl im Betrieb für die Agitation in den ausschlaggebenden Werkstätten oder Abteilungen als auch im gesamten Kampfbereich für die Konzentrierung der Hauptkräfte auf die wichtigsten Großbetriebe. Es hätte z. B. in Berlin wenig genützt, wenn in Mittelbetrieben gestreikt worden wäre, aber nicht in den Betrieben von Siemens und der AEG. Nicht nur die Unternehmer, auch die Reformisten hatten darauf spekuliert, daß die Siemens-Belegschaften in ihrer Mehrheit gegen den Streik waren. Gestützt auf diese schwache Stelle in der Arbeiterfront glaubten sie den Streik verhindern zu können. Gerade infolge der systematischen Bearbeitung dieser Betriebe durch die ROO, ist es gelungen, die Belegschaften für die geschlossene Teilnahme am Streik zu gewinnen. Diese Erfahrungen gebieten, daß zur Verstärkung der Kampfvorbereitung an den wichtigsten Stellen der Front besondere Stoßbrigaden aus den aktivsten Arbeiterfunktionären aus anderen Betrieben und Erwerbslose mobilisiert werden müssen.

Zur systematischen Durchführung der Kampfvorbereitungen bestimmt die engere Leitung spezielle Kommissionen als ausführende Organe für die wichtigsten Teilaufgaben.

1. Agitprop-Kommission

(Agitation und Propaganda) sorgt für die regelmäßige und schnelle Herausgabe der Betriebszeitungen, der allgemeinen Flugblätter, sowie der Flugblätter und Handzettel für einzelne Abteilungen, für Frauen, Angestellte, Lehrlinge und für die Kleingewerbetreibenden. Sie stellt die Wandzeitung her zum Aushang in den Verkehrslokalen der Arbeiter, gibt für das Patenschaftsgebiet eine Dorfzeitung heraus, organisiert den Zelungsvertrieb, organisiert aus den aktivsten Arbeitern Agitationsgruppen für die Agitation in den Belegschafts- und Abteilungsversammlungen, vor dem Betrieb, im Wohngebiet und an den Stempelstellen. Sie sorgt für den Schmuck der Versammlungslokale, organisiert Veranstaltungen mit Filmen usw., an denen auch die Frauen der Arbeiter teilnehmen und organisiert Kurse für die Vertrauensleute und allgemeine Kurse, für deren Teilnahme alle Arbeiter im Betriebe gewonnen werden sollen.

2. Org-Kommission

organisiert die Versammlungen und Demonstrationen für den Betrieb, das Wohngebiet, für die Erwerbslosenstempelstellen und das Patenschaftsgebiet auf dem Lande zum Zwecke der Gewinnung der Landarbeiter und Kleinbauern für die Unterstützung des Kampfes. Die Org-Kommission kontrolliert die Bearbeitung der einzelnen Betriebsabteilungen und fördert vor allem die Wahl der revolutionären Vertrauensleute in den Abteilungsversammlungen. Damit die Kampfführung ihre großen Aufgaben erfüllen kann, müssen durch die Org-Kommission eine große Zahl Betriebsarbeiter, Erwerbslose und Frauen als ständige Streikhelfer erfaßt werden. Die Streikhelfer werden regelmäßig zur Instruktion und Berichterstattung zusammengeführt. Die Org-Kommission schafft weiter die Verbindung mit dem UB-Kampfausschuß, mit den in der Nähe gelegenen Betrieben, Stempelstellen und den Werktätigen des Wohngebietes. Sie prüft, wo Streikbrucharbeit geleistet werden kann und setzt sich zu diesem Zweck vor Ausbruch des Streiks mit den Belegschaften der betreffenden Betriebe am Ort oder in anderen Orten in Verbindung. Sie bereitet das Material vor, damit sofort bei Beginn des Streiks die Registrierung der Streikenden und

15

die Ausstellung der Streikkarten für jeden Streikenden erfolgen kann. Sie bestimmt die späteren Streiklokale.

3. Die Gewerkschafts-Kommission

organisiert die Massenwerbung für die roten Gewerkschaften bzw. die RGO. und deren Jugendbetriebsgruppe und organisiert vor allem die iraktionsmäßige Arbeit unter den Mitgliedern und in den Veranstaltungen der reformistischen, christlichen und anderen Gewerkschaften.

4. Die Selbstschutz-Kommission

organisiert die Betriebswehr bzw. den Streikschutz und schafft die Zusammenarbeit mit der Erwerbslosenstaffel und der Häuserschutzstaffel im Wohngebiet. Sie sorgt weiter für die Aufklärung der Belegschaft über die Erfahrungen im wehrhaften Kampf gegen den Faschismus, über Demonstrationstaktik und Versammlungsschutz. Sie organisiert das Massenstreikpostenstehen vor und in der Nähe des Betriebes und bestimmt rechtzeitig, welche Arbeiter aus den einzelnen Abteilungen oder aus dem Wohngebiet oder von der Stempelstelle für die Besetzung bestimmter Zugänge zum Betrieb verantwortlich sind.

5. Die Arbeiterinnen-Kommission

dient der Verstärkung der Agitation unter den Betriebsarbeiterinnen und den Arbeiterfrauen im Wohngebiet. Sie muß vor allem mithelfen, daß die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen an allen Aufgaben des Kampfes aktiv teilnehmen und ebenso bei der Sammeltätigkeit wie im Verbindungsdienst oder in der Betriebswehr Schulter an Schulter mit den Arbeitern kämpfen. Die Arbeiterinnen-Kommission organisiert gemeinsam mit der Org.- und Agitprop.-Kommission besondere Arbeiterinnen- und Frauenversammlungen und gibt spezielles Agitationsmaterial für die Arbeiterinnen und Frauen heraus.

6. Die Jugend-Kommission

mobilisiert und organisiert speziell die Jugendlichen und Lehrlinge auf Grund der im Kampfpogramm aufgestellten Forderungen durch besondere Jugendveranstaltungen, Herausgabe von Betriebszeitungen und Flugblättern. Sie macht Vorschläge, damit die Jugendlichen und Lehrlinge durch geeignete Kräfte in den Organen der Kampfführung vertreten sind, sorgt für die Heranziehung der Jugendlichen zu allen Aufgaben des Kampfes und Stärkung der RGO.-Jugendgruppe. Sie organisiert die Wahl von Jugendlichen Vertrauensleuten und führt gemeinsam mit der Agitprop.-Kommission die Agitation unter den Arbeitern, um sie von der Notwendigkeit der Teilnahme der Lehrlinge am Streikkampf ohne Rücksicht auf den Lehrvertrag zu überzeugen.

7. Die Solidaritäts-Kommission

organisiert rechtzeitig die Sammlungen für den Kampffonds. Sie gibt zu diesen Zwecke Sammellisten heraus, und organisiert gemeinsam mit der IAH Sammelaktionen zur Sammlung im Wohngebiet, zur Sammlung in den Wohnungen, bei den Kleinverwerbetreibenden und in den Betrieben anderer Industrien. Die Sammellisten werden öffentlich abgerechnet. Gleichzeitig organisiert die Kommission in Verbindung mit der IAH die Lebensmittelversorgung. Sie bestimmt, wo und wie während des Streiks die Ausgabe von Lebensmitteln erfolgt, sorgt dafür, daß Küchen oder Kochgelegenheit

16

zur Verfügung gestellt werden und bestimmt rechtzeitig, wo und durch wen die Lebensmittelsammlungen in den Wohngebieten und auf dem Lande bei Ausbruch des Streiks durchgeführt werden.

8. Die Gegner-Kommission

organisiert die Berichterstattung über alle gegnerischen Veranstaltungen, beschafft das gegnerische Material, organisiert die Verbindung mit den Arbeitern faschistischer oder gelber Organisationen zum Zwecke der Gewinnung für den Kampf, beschafft rechtzeitig die Adressen der Mitglieder faschistischer oder gelber Verbände und solcher Arbeiter, die voraussichtlich als Streikbrecher tätig sein werden. Die Kommission muß zur Erfüllung ihrer Aufgaben besonders die Verbindung mit Angestellten herstellen. Sie organisiert außerdem die Spitzelabwehr.

Die erste, planmäßige Durchführung dieser Kampfvorbereitungen weckt gleichzeitig die Initiative in der Belegschaft. Sie stärkt den Glauben, daß es zum Streik kommt und daß zu diesem Zweck alle Arbeiter bei den Kampfvorbereitungen mithelfen müssen. Es wird hiergegen oft eingewendet, daß zur Erfüllung dieser Aufgaben gar nicht genügend Funktionäre vorhanden seien. Allerdings, wenn man sich nur im Kreise herumdreht, fehlt es an Funktionären. Aber wenn die einzelnen Aufgaben der Kampfvorbereitung vor der Belegschaft beraten werden, wenn jeder Arbeiter erfährt, was er an diese einzelnen Maßnahmen notwendig sind und wie sie durchgeführt werden sollen und wenn die Kampfleitung den Mut hat, wenig geschulte Arbeiter zur Arbeit heranzuziehen, werden ungeheure Kräfte gewonnen und in kurzer Zeit eine große Zahl neuer Arbeiterfunktionäre heranwachsen, die mit revolutionärem Elan die Kampfaufgaben durchführen.

Die unmittelbare Streikvorbereitung

Streikvorbereitung heißt nicht nur Agitation und Organisation für die zentralen Kampfforderungen, sondern erfordert vor allem die unmittelbare Führung des Kampfes für die Teilforderungen im Betrieb und in den einzelnen Abteilungen. In den einzelnen Betrieben sind aus den zentralen Forderungen bestimmte für den Kampf in dem betreffenden Betrieb besonders geeignete Forderungen herauszugreifen und ihre Bewilligung unmittelbar vom Unternehmer zu fordern. Ebenso sind Teilforderungen betreffend Akkordberechnung, Straßensystem, Wäschehaus und die Beseitigung bestimmter Mißstände, wie Unfallgefahr und dergleichen, zum Anlaß des unmittelbaren Kampfes zu machen. Je erfolgreicher der tägliche Kampf im Zusammenhang mit der allgemeinen Mobilisierung für die Durchsetzung der zentralen Forderungen geführt wird, um so einheitlicher und wichtiger wird der allgemeine Streik gekämpft werden. So muß sich auch der Kampfausschluß im täglichen Querillakrieg seine Autorität erkämpfen.

Wenn eine genügende Mobilisierung der Massen der Arbeiter durchgeführt wird, besteht die Delegiertenkonferenz oder, wenn der Kampf nur einen Betrieb betrifft, die Belegschaftsversammlung die Ueberrechnung der Forderungen an den Unternehmer bzw. die Unternehmerorganisation und fordert innerhalb einer kurzen Frist, die dem Gegner keine Zeit zu Gegenmaßnahmen läßt, die Bewilligung der Forderungen. Lehnt der Unternehmer die Forderungen und auch jede Aussprache darüber ab, so berichtet der vorbereitende Kampfausschluß in der Delegierten-Konferenz bzw. in der Belegschaftsversammlung und schlägt die weiteren Kampfmaßnahmen vor.

17

Sind die entscheidenden Betriebe streikreif, wird die Delegierten-Konferenz den Termin des Streikbeginns beschließen und die Arbeiter in allen Betrieben auffordern, sofort in Abteilungs- und Belegschaftsversammlungen in offenen Abstimmungen dem Konferenzbeschlusse zuzustimmen und die letzten Streikvorbereitungen zu treffen. Der Streiktermin wird also erst beschlossen, wenn die Streikvorbereitungen so weit sind, daß der Streik in der Tat durchgeführt werden wird.

In Situationen, wo es noch nicht möglich ist, den Streik durchzuführen, sind zeitweise **passive Resistenz, Betriebsversammlungen während der Arbeitszeit und Demonstrationen** Methoden zur Steigerung des Kampfwillens der Belegschaft.

Kommt es nicht zum Streik, weil der Unternehmer eine unwesentliche Konzession macht und die Arbeiter noch nicht bereit sind zu streiken, was sich nicht nur an den Abstimmungen, sondern auch im Versammlungsbesuch zeigt, oder wenn es den reformistischen oder christlichen Gegnern gelingt, die Mehrheit der Belegschaft unter ihrem Einfluß zu behalten und Beschlüsse gegen die RGO, herbeizuführen, dann wäre es unsinnig, daß eine Minderheit von RGO-Anhängern, isoliert von den Arbeitermassen, in den Streik tritt. In diesem Falle muß die RGO, offen vor den Arbeitern begründen, warum es noch nicht gelungen ist, die Arbeiterforderungen durchzusetzen und welche nächsten Maßnahmen im Interesse der Er kämpfung der Forderungen notwendig sind.

Die Massen zum Kampf gegen den gemeinsamen Feind gewinnen

In den meisten Fällen hängt die Durchführung des Streiks von der Gewinn größerer Teile der in reformistischen, christlichen oder faschistischen Gewerkschaften organisierten Arbeiter ab. Auch wenn die roten Gewerkschaften oder die RGO, die Mehrheit der Arbeiter hinter sich haben, ist die Streikbrecherrolle der gegnerischen Organisationen oft von ausschlaggebender Bedeutung. Die revolutionäre Agitation in den gegnerischen Gewerkschaften und die planmäßige Beeinflussung dieser Gewerkschaftsmitglieder im Betrieb und in ihrer Wohnung ist von der größten Bedeutung für den Erfolg des Kampfes.

Wenn in den Mitglieder- und Funktionärsversammlungen der reformistischen Verbände auch nur ein RGO-Mitglied anwesend ist, so muß es die entscheidenden Beschlüsse der RGO, und der Belegschaften als Antrag einbringen und begründen. Dabei gilt es besonders, die **gemeinsamen Interessen aller Arbeiter** an der Durchsetzung der Forderungen gegenüber dem **gemeinsamen Feind** und der **Notwendigkeit der kämpfenden Einheitsfront** hervorzuheben.

In den Anträgen sollen enthalten sein die Kampfforderungen, die Unterstützung der Beschlüsse der allgemeinen Konferenz der Betriebsdelegierten, zu der alle Arbeiter, unabhängig von ihrer Organisationszugehörigkeit, willigen und die nächsten Maßnahmen zur Streikvorbereitung bzw. die Zustimmung zum Streikbeschlusse der Delegierten-Konferenz.

In den Reden und Anträgen muß besonders für die proletarische Demokratie, für das ausschließliche Bestimmungsrecht der Arbeiter, gegen die Geheimdiplomatie der reformistischen Tarifvertragsverhandlungen und gegen das Schlichtungswesen Stellung genommen werden. Wir müssen die Versuche der reformistischen Führer, die Organisten von den Unorganisierten zu trennen, die beantwortet werden, indem wir die **Einheitsfront aller Arbeiter** auf der Basis der RGO-Forderungen und der Beschlüsse der Delegierten-Konferenz besonders hervorheben. Wenn die Reformisten geheime Ur-

18

abstimmung in den Betrieben vorschlagen, dann beantragen die Vertreter der RGO, die **offene Abstimmung** in Belegschaftsversammlungen nach **eingehender Diskussion** über die Forderungen und Kampfaktive. Lehnt der Versammlungsleiter die Abstimmung über solche Anträge ab, so müssen die Arbeiter von sich aus gegen den Willen des Versammlungsleiters die Abstimmung vornehmen.

Manövrierfähigkeit nicht einschränken lassen

In der Berliner Metallindustrie war der unmittelbare Anlaß des Streiks der von den Unternehmern geforderte Lohnabbau beim Ablauf des Lohnstarifes am 6. Oktober. Es standen sich gegenüber die Tarifforderungen der RGO, und die Forderungen der Unternehmer auf 15 Prozent Lohnraub. Die Reformisten wollten den alten Lohnstarif verlängern. Sie wänschten den Lohnabbau zu einem späteren Termin, in der Hoffnung, daß es dann leichter ist, ihn ohne Streik den Metallarbeitern aufzuzwingen. Nur dadurch, daß die RGO, seit Monaten auf der Grundlage ihrer Tarifforderungen den Kampf mit Hilfe der Kampfausschüsse vorbereitet hatte, waren die Metallarbeiter zum Kampf gerüstet. Allerdings bezog die RGO, den Fehler, zu lange Zeit vorher den Termin des Tarifablaufes, den 6. Oktober, als Streiktermin festzulegen. Eine solch langfristige Terminsetzung ist ein Fehler, weil sie die Manövrierfähigkeit einschränkt, den eventuell notwendigen Streikanzugriff zu einem früheren Zeitpunkt unmöglich macht oder, wenn sie den Streikbeginn hinausschieben muß, Verwirrung in die Reihen der Arbeiter bringt. In der Berliner Metallindustrie waren die Betriebe zum 6. Oktober noch nicht streikreif. Unter dem Drucke der Massen verzögerten sich die Verhandlungen zwischen Unternehmern und Reformisten. Der alte Lohnstarif wurde um einen Monat verlängert. Anfangs blickte die RGO, starr auf diesen Termin. Inzwischen wurde ein Schiedsspruch mit achtprozentigem Lohnraub gefällig, der am 3. November durchzuführen werden sollte. In diesem Moment, wo jedem Arbeiter die unmittelbare Gefahr des Lohnraubes bewußt wurde, trat auf der Grundlage der Kampfvorbereitungen der RGO, der Stimmungsumschwung auch bei jenen Arbeitermassen ein, die sich an der bisherigen Kampfvorbereitung noch nicht beteiligt hatten. **Beantwortung des Hungerschiedsspruches mit der sofortigen Durchführung des Streiks**, das war die Forderung der Mehrheit der Metallarbeiter.

In Belegschaftsversammlungen einiger Großbetriebe wurden sofort Streikbeschlüsse gefaßt, während die Reformisten die Durchführung einer Urabstimmung beschlossen. Ausnahmsweise forderten sie alle Arbeiter, also nicht nur die gewerkschaftlich Organisierten, zur Teilnahme an der Abstimmung auf, in der Hoffnung, daß ein Teil der Unorganisierten, der Gelben usw. gegen den Streik stimmen oder sich nicht an der Abstimmung beteiligen werden und so eine Dreiviertelmehrheit nicht zustande kommt. Die reformistische Bürokratie spekulierte bei der geheimen Abstimmung auf die rückständigsten Stimmungen der Arbeiter und hoffte, daß einige Stimmen an der Dreiviertelmehrheit fehlten. Die RGO, ist gegen den reaktionären Grundsatz der Dreiviertelmehrheit, weil für den Streikbeschlusse die Einschätzung der Situation, die Kampfvorbereitungen und Beschlüsse der wichtigsten Betriebe maßgebend sein muß. Die Reformisten wollten das Ergebnis der Abstimmung lediglich bei den Verhandlungen mit den Unternehmern und den Regierungsbeauftragten als Argument für die Verzögerung des Lohnraubes benutzen. Der „Vorwärts“ vom 14. Oktober 1930 schrieb unter der Überschrift „Dreiviertelmehrheit gegen den Schiedsspruch“:

„Jetzt ist es Aufgabe der Regierung, vermittelnd einzugreifen, Verhandlungen herbeizuführen und hinzuwirken, daß diese Verhandlungen mit einem Ergebnis enden, das den Forderungen der Gewerkschaften gerecht wird.“

Statt des Appells an die Metallarbeiter zur Durchführung des Streiks bettelte die sozialdemokratische Bürokratie die Regierung des Lohnabbaus um Verhandlungen.

Urabstimmung, eine reaktionäre Methode

Die RGO mußte sich auf Grund der Massenstimmung und ihrer ungenügenden organisatorischen Kraft an dieser Urabstimmung beteiligen. Sie unterließ es aber, vor den Arbeitern die geheime Urabstimmung als eine reaktionäre Methode zu entlarven und die Arbeiter davon zu überzeugen, daß sie künftighin die geheime Urabstimmung ablehnen und selbst die offene Abstimmung in den Gewerkschaftsversammlungen durchführen. In der Urabstimmung wurde für oder gegen den Schiedsspruch abgestimmt. In der Abstimmung war also nicht über den Streik entschieden worden. Ueber solche entscheidenden Fragen wollte die reformistische Ortsverwaltung allein bestimmen. Da die geheime Urabstimmung in der Regel ohne vorherige gründliche Aussprache über die Lage und die weiteren Kampfmaßnahmen durchgeführt wird, ist sie lediglich ein Mittel, den Arbeitern vorzutauschen, als ob sie mitzubestimmen hätten. In Wirklichkeit sollte durch die geheime Abstimmung gerade verhindert werden, daß die Arbeiter in Gewerkschaftsversammlungen offen die weiteren Kampfmaßnahmen beraten und beschließen.

Trotz aller Bittgänge der reformistischen Bürokratie gaben ihnen die Metallindustriellen und die Regierung keine Erlaubnis zu weiteren Manövern. In einigen Betrieben hatten inzwischen die Arbeiter den Streik begonnen und in anderen den sofortigen Beginn des Streiks beschlossen. Unter diesen Verhältnissen hielten es die reformistischen Führer für zweckmäßig, ebenfalls den Streik zu erklären. Der Streik sollte „als Protest zur Verhinderung der Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches“, also für einen neuen, etwas anders formulierten Lohnabbauschiedsspruch geführt werden.

Termin nicht mechanisch festlegen

Der Beginn des Berliner Metallarbeiterstreiks lehrt, daß man nicht Streiktermine mechanisch bestimmen kann oder etwa abwarten darf, bis der Gegner seine Maßnahmen zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durchführt. Der allgemeine Streik muß beginnen, wenn sich fühlbar macht, daß die Erregung der Arbeiter am stärksten ist wenn den Arbeitern auf Grund der Agitation der RGO, und der Maßnahmen des Gegners die Notwendigkeit des Streiks bewußt wird. Deshalb wäre auch die Lösung „Streik, wenn der Lohnabbau durchgeführt wird“, falsch gewesen. Eine solche Lösung hätte die Verhinderung jeder Angriffstaktik bedeutet und dem Gegner die Möglichkeit gegeben, durch differenzierten Lohnabbau zu verschiedenen Terminen die Arbeiterfront zu zersetzen. Statt rechtzeitig zum Gegenangriff überzugehen, wäre die RGO ins Schlepptau des Gegners gekommen.

Ein gutes Beispiel für die richtige Terminsetzung ist der Berliner Arbeiterstreik. Der zwischen den Unternehmern und Reformisten abgeschlossene Tarif lief am 1. April ab. Der neue Tarif sollte erst endgültig am 8. oder 9. April abgeschlossen werden. Um Streiks gegen den geplanten Lohnabbau zu verhindern, verkündeten die Reformisten, daß die alten Löhne bis zum Inkrafttreten des neuen Tarifs weiter gezahlt werden. Aber

21

den Bauarbeitern wurde rechtzeitig der geplante Lohnabbau bekannt. Sie waren deshalb schon vor dem 1. April in größter Empörung. Trotz organisatorischer Schwächen und geringer Verbindung mit den Betrieben beschloß der rote Einheitsverband für das Baugewerbe den Streik für den 1. April. Es gelang ihm, nicht nur die RGO-Anhänger, sondern auch die im reformistischen Verband und im syndikalistischen Industrieverband organisierten Bauarbeiter zur geschlossenen Niederlegung der Arbeit zu bringen. Die Angriffstaktik des Einheitsverbandes für das Baugewerbe und der RGO war richtig. Es gelang der Führung der RGO, die Einheitsfront der Bauarbeiter im Kampfe zu schmieden.

Die Stilllegung der Betriebe durch Streik

Die geschlossene Stilllegung der Betriebe ist nicht nur von der allgemeinen Mobilisierung, sondern vor allem auch von der Stärke des Vertrauensmännerkörpers im Betrieb abhängig. Die roten Verbände, und die RGO, können nur dann schnell auf Ereignisse im Betrieb (schwerer Unfall, Maßregelungen, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen) oder im politischen Leben (Polizeierror, faschistischer Arbeitermord, Brotwucher, neue Steuern und dergl.) mit Kundgebungen, Demonstrationen, wirtschaftlichen Streiks und politischen Massenstreiks reagieren, wenn eine schnelle Information der Vertrauensleute und mit ihrer Hilfe die Mobilisierung aller Arbeiter in den Abteilungen möglich ist. Eine besonders wichtige Lehre des Berliner Metallarbeiterkampfes ist die Notwendigkeit des revolutionären Vertrauenssystems und die Konzentrierung der Kräfte auf die wichtigsten, für den Streik ausschlaggebenden Abteilungen. Besonders die Betriebsräte müssen sich um die Verhältnisse in diesen Abteilungen kümmern und unter Anknüpfung an die Mißstände in diesen Abteilungen die Arbeiter und Arbeiterinnen mobilisieren.

Bei Angriffstreiks, wo die Arbeiter auf Vorschlag der roten Gewerkschaften und der RGO, den Streik für Verbesserung der Arbeitsbedingungen beschließen, kommt es vor allem darauf an, daß unmittelbar vorher in jeder einzelnen Abteilung der Streikbescheid gefaßt und alle Maßnahmen zur restlosen Durchführung des Streikbeschlusses vorbereitet werden. Dazu gehört die Werbung für den Streikschutz, die Einteilung zum Streikpostenstehen, die Feststellung der schwankenden Arbeiter und jener, die in den Versammlungen fehlen, damit sie in der Wohnung aufgesucht werden können. Am Tage vor Streikbeginn sind nicht nur die Forderungen und Taktik im allgemeinen, sondern die einzelnen Maßnahmen zur vollständigen Stilllegung des Betriebes zu beschließen. In der Anschluß an die Betriebsversammlung wird durch die Straßen des umliegenden Wohngebiets mit Transparenten demonstriert, damit die ganze werktätige Bevölkerung aufgerüttelt und zur aktiven Unterstützung des Streikkampfes veranlaßt wird.

Wir haben schon gesagt, daß im Berliner Metallarbeiterstreik der Schiedsspruch mit dem sofortigen Streik beantwortet werden mußte. Die RGO beschloß am Montag, dem 13. Oktober, den Streikbeginn zum Dienstag, dem 14. Oktober. Einige Betriebe waren schon am Montag in den Streik getreten. Das war absolut richtig. Obwohl die Reformisten gegen den Streik agitiert hatten, änderten sie unter dem Druck der Arbeiter und angesichts der Streikvorbereitungen der RGO, in den Betrieben plötzlich ihre Taktik und erklärten sich „für den Streik“, um die Gewerkschaftsmitglieder an der Stange zu halten und die Bewegung mit Hilfe der Schlichtungsinstanzen später leichter abwürgen zu können. Die Reformisten erklärten den Streik zu Mittwoch, dem 15. Oktober, vormittags 9 Uhr. Sie hofften

21

bis dahin noch auf eine Verständigung mit den Unternehmern, Unternehmern und Regierung diktierten 8 Prozent Lohnabbau. Die Reformisten wollten nur gegen die Verbindlichkeitsklärung dieses Schiedspraches demonstrieren. Sie waren also von vornherein bereit, sich mit einigen Konzessionen zufrieden zu geben. Die RGO. führte den Kampf auf der Grundlage ihrer Tarifforderungen, konzentrierte sich dabei auf folgende wirtschaftliche Hauptforderungen und verknüpfte diese mit den politischen Kampflösungen der Kommunistischen Partei und der revolutionären Arbeitermassen;

Gegen jeden Plünderungsabbau Für Sicherungsstandort bei vollem Lohnausgleich Für Lohnerhöhung! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Arbeiterinnen und Jungarbeiter! Für die Lehrlingsforderungen! Brot und Arbeit für die Erwerbslosen! Gegen den Polizeiterrort! Hinweg mit der Polizei von den Betrieben! Nieder mit der Schlichtungskommission! Nieder mit dem Faschismus! Fort mit der reaktionären Brüning-Regierung, der Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur!

Arbeiter berichten über den Streikbeginn

Ueber die Stilllegung der Betriebe hören wir am besten die Arbeiterberichte: Betrieb K.

Am Montag, dem 13. Oktober wurde im Betrieb eine von allen Kollegen besuchte Belegschaftsversammlung durchgeführt und der Streik sofort beschlossen. Die Urabstimmung zeigte das Ergebnis 90 Prozent für Streik. Wir konnten durch die Abstimmung feststellen, in welcher Abteilung die schwächste Position war, dies war eine Arbeiterinnen-Abteilung im Hochbau 5 Treppen. Nach dieser Abstimmung wurde der Plan zum Streik organisiert.

Die Forderung: 20 Pfennig Lohnerhöhung, die zu Beginn der Bewegung in einer anderen Situation aufgestellt wurde, zog die Streikleitung unter den veränderten Kampfbedingungen zurück. Das wurde aber nicht genügend öffentlich getan, so daß es nur teilweise bekannt wurde.

Am Dienstag wurde während der Frühstückspause sämtliche Arbeiter, revolutionäre Vertrauensleute, der Kampfausschuß und die Parteigenossen ins Betriebsratszimmer gerufen. In dieser Sitzung erschien der freigewerkschaftliche Obmann und erklärte: daß der Vorstand die Sanktion zum Streik verweigere. Der Verband wolle aber unseren Betrieb als einen der ersten in den nächsten Tagen in den Streik ziehen. Diese Erklärung wurde mit Lärm aufgenommen und beschlossen, sofort den Streik durchzuführen. Um 11 Uhr sollen die revolutionären Vertrauensleute die Kollegen mobilisieren. Ein Kollege erhielt den Auftrag, um 11 Uhr in die Portierloge einzudringen und die Sirene in Funktion zu setzen. Der Hochbau wurde folgendermaßen stillgelegt: 11 Uhr ging der rote Betriebsrat in die schwächste Arbeiterinnen-Abteilung, schaltete die Motore aus und hielt eine Ansprache. Die Kolleginnen beschlossen darauf den sofortigen Streik und zogen in die nächste Abteilung. Hier dasselbe, so wurde von Abteilung zu Abteilung demonstriert. Als der nur aus Frauen bestehende Demonstrationzug am Hofe eintraf, heulte die Sirene. Die Kollegen versammelten sich nach dem Zeichen alle restlos auf dem Hof. Eine Kabeltrommel wurde ungeworfen und als Rechnertribüne benutzt. Vor den Augen und Ohren der Direktion fand die erste Streikversammlung statt. Der rote Betriebsrat sprach zur wirtschaftlichen Lage und stellte, zum Fenster der Direktion gewandt, die Forderungen der Belegschaft. Gegen jeden Lohnabbau, Kampf dem Hauptprogramm Brünnings, 40-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich. Gleichen Lohn bei gleicher Arbeit. Einführung der Waschzeit. Zurücknahme der Geldstrafen. Jubelnde Zustimmung und

22

Hochrufe unterstrichen die Ausführungen. Die Verweigerung von Notstandsarbeit und die Mitnahme der alten und schwerbeschädigten Arbeiter wurde beschlossen. Im Demonstrationstrzug ging es aus dem Tor der Fabrik, dort vereinigten sich die Betriebsarbeiter mit den wartenden Erwerbslosen zur wichtigen Demonstration.

Von besonderer Bedeutung ist das Beispiel des Streikbeginnes im Betrieb FL. Dort hatte sich die Polizei für einige Tage vor den Betrieb postiert. Am Montagabend tagte der Kampfausschuß und beschloß am Dienstag den Streik durchzuführen, wenn die Polizei noch Dienstag früh vor dem Betrieb ist. Die Erregung der Arbeiter wurde durch die Anwesenheit der Polizei gesteigert. Die Mobilmachung der Polizei zeigte den Metallarbeitern, mit welchen Mitteln der Lohnraub durchgesetzt werden sollte.

Die Anwesenheit der Polizei war in diesem Falle der unmittelbare Anlaß zum Streikausbruch. Der Klassenfeind wird bei Verschärfung der Kämpfe systematisch durch Besetzung der Betriebe, durch Ausschleichen von faschistischen Mordterror Streiks rechtzeitig zu verhindern suchen. Das muß uns veranlassen, die Arbeiter schon vor dem Streik darauf vorzubereiten und die Maßnahmen des Gegners mit Streiks, Massendemonstrationen und dem Massenstreik zu beantworten.

Im Betrieb F. waren fünf Parteigenossen beschäftigt. In einer Zellen-sitzung, wozu wir Sympathisierende eingeladen hatten, wurde beschlossen, eine Betriebsversammlung einzuberufen und zwar zu Montag, dem 13. Oktober, welche Stellung nehmen sollte zu dem Schiedspruch. Diese war sehr gut besucht, so daß wir sie im Freien abhalten mußten. Hierbei ist noch zu bemerken, daß zu dieser Versammlung auch die SPD-Funktionäre erschienen. In dieser Versammlung versuchten die SPD-Funktionäre sehr radikal aufzutreten, zum Schluß forderten sie zur „Einigkeit“ auf und unter Führung des Metallarbeiterverbandes in den Streik zu treten, aber nur, wenn derselbe aufruft. Ich sprach hierzu und schilderte an Hand von Erfahrungen im Tern-Streik und Nordwest, AEG-Hennigsdorf u. a. die Ver-treterrolle der sozialfaschistischen Gewerkschaften. Zum Schluß stellte ich den Antrag, nur dem Ruf der RGO. zu folgen. Die Abstimmung ergab 90 Prozent für den Antrag.

Nachdem die RGO. am Montag, dem 13. Oktober beschloß, am Dienstag, dem 14. Oktober früh in den Streik zu treten, gingen die Kollegen des Kampfausschusses Dienstag früh durch den Betrieb und forderten die Kollegen auf, nach dem Hof zu kommen zur Betriebsversammlung. In ganz kurzer Zeit war die ganze Belegschaft auf dem Hof versammelt. Ich forderte die Kollegen auf, ihren gestrigen Beschluß zur Durchführung zu bringen und geschlossen den Betrieb zu verlassen. Da versuchten die DMV-Funktionäre die Belegschaft zu spalten und forderten, an die Arbeit zu gehen und zu warten, bis der DMV. aufruft.

Durch nochmaliges Auftreten gelang es mir, den größten Teil der Belegschaft zu überzeugen, geschlossen den Betrieb zu verlassen. Weiter forderte ich auf, durch alle Abteilungen zu demonstrieren. Dadurch gelang es uns, auch die letzten Arbeiter aus den Abteilungen zu holen. Sogar die SPD-Mitglieder mußten mit auf den Hof. Mit dem Gesang „Brüder, aus Sonne, zur Freiheit“ demonstrierten wir von dem Betriebshof. Zirk 70 SPD-Anhänger von 1200 Mann Belegschaft blieben auf dem Hofe zurück. Wir demonstrierten 3½ Stunden, vor allen Metallbetrieben machten wir Halt und forderten die Belegschaften im Sprecherhof, die Betriebe zu verlassen. Zum Schluß holten wir noch eine Abteilung von 90 Mann, welche in der F-Straße arbeitet, heraus. Sie schlossen sich sofort den Demonstrationen an. Unterdessen hatten sich die SPD-Leuten besonnen und

23

verließen auch den Betrieb, setzten sich aber in ein anderes Lokal fest. Wir demonstrierten nach unserem Versammlungslokal, unterdessen waren die RGO-Registrierkarten schon geholt worden, so daß wir die Registrierung sofort vornahmen.

Betrieb: B. Am 15. Oktober 9 Uhr früh gingen wir aus dem Betrieb, zogen von einer Abteilung in die andere, um nirgends Streikbrecher zurückzulassen. Vom Hof zogen wir mit einer mitgebrachten Fahne. Vor den Toren schlossen wir uns mit den Erwerbslosen und den Genossen der Straßenzelle zusammen. 95 Prozent der Belegschaft, selbst sozialdemokratische Kollegen, folgten in einer Demonstration in die erste Streikversammlung.

Vorbereitet war die Versammlung dadurch, daß wir am Mittwoch, vor Arbeitsbeginn, mit Transparenten vor der Tür des Betriebes standen, die auf die Versammlung hinwiesen.

In der Versammlung erklärten drei sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre, sie seien die Streikleitung und übernahmen den Vorsitz. Bei ihren Ausführungen teilten sie mit, daß sie Abteilungsversammlungen stattfinden lassen und, wann die Stempeltage sind. Alles andere stehe im „Vorwärts“. Organisiert sind 500 Arbeiter bei einer Belegschaftsstärke von 2500 Mann. Ueber einen Antrag einer Kollegin, die Streikleitung aus der Mitte der Versammlung zu wählen, ließ man nicht abstimmen, sondern erklärte die Versammlung für geschlossen. Bevor die Reformisten dazu kamen, hatten wir durch Abstimmung erzwungen, einen Erwerbslosenvertreter sprechen zu lassen, danach forderten aber die Reformisten ihre Anhänger auf, nach Hause zu gehen. Es folgten ihnen 20 Kollegen.

Zwei Kollegen von der RGO, sprangen sofort auf die Bühne und die Versammlung wurde weitergeführt. Als erstes wählten wir eine Streikleitung von 30 Kollegen, darunter Arbeiterinnen und Jugendliche, Erwerbslose und Hausfrauen. Es wurde sofort die Lokale zur Registrierung der Streikenden festgelegt. Die Streikleitung tagte sofort nach der Versammlung. Für die Registrierung waren zur schnellsten Abfertigung Maßnahmen getroffen. Am ersten Tag des Streiks wählten wir sofort Kommissionen, um die Arbeit besser bewältigen zu können und zwar folgende: Org.-Solidaritäts- und Finanzkommission; sowie Agitationskommission. Beim Registrieren wurden die Kollegen für die ersten zwei Tage gleich zum Streikposten stehen bestimmt. Wir hatten drei Tore zu besetzen. Die Arbeiterinnen haben sich beim Streikposten stehen besonders aktiv beteiligt. Sie meldeten sich meistens freiwillig.

Betrieb: AEG. Am 15. Oktober mobilisierte die RGO, in allen Abteilungen, wo sie Einfluß hatte, die Arbeiterschaft gleich morgens für eine Versammlung auf der großen Schiebühne. Zahlreiche Kollegen folgten dem Ruf, ohne erst einen Finger krumm zu machen. Die Reformisten beriefen nun gleich eine Betriebsratssitzung ein, um die Führung in den Händen zu behalten. Inzwischen war die Belegschaft auf der Schiebühne versammelt. Der Betriebsrat mußte nun vor die Belegschaft treten. Der reformistische Obmann teilte mit, daß der DMV, den Streik beschlossen hat und die Kollegen sollten warten, bis die Streikleitung, die sich aus den freien Gewerkschaftsfunktionären zusammensetzt, weitere Informationen herausgibt. So, nun Schluß, nun geht nach Hause. Mit einer solchen Handhabung war die RGO nicht einverstanden. Ein Kollege nahm sofort das Wort, wies auf die brutalen Ausbeuter hin, gelbete die Methode der Hungerregierung, forderte die Kollegen auf, sich eine Streikleitung selbst zu wählen, und diese zusammenzuschubsen abzulehnen. Es kam aber nicht zur Abstimmung. Darauf verließen die Kollegen, teilweise die „Internationale“ singend, den Betrieb. Während die Reformisten in ihrem Lokal bei einer großen

Molle sich von ihren Strapazen erholten, organisierte die RGO die erste Streikversammlung. Von 1600 Kollegen nahmen trotz der Hitze der Reformisten 600 an dieser Versammlung teil. Der RGO-Leiter gab einen ausführlichen Situationsbericht und ließ eine Streikleitung von 30 Kollegen wählen. Dieselbe wurde noch durch drei Mitglieder der Erwerbslosen ergänzt. Mit gutem Elan und einem Hochruf auf die streikenden Metallarbeiter wurde die erste Streikversammlung geschlossen. Noch am selben Tage hielt die Streikleitung unter Führung der roten Betriebsräte ihre erste Sitzung ab.

Die Berichte zeigen übereinstimmend das Bestreben der Reformisten, jedes Bestimmungsrecht und jede Aktivität der Arbeiter zu unterdrücken. „Geht ruhig nach Hause, betrachtet den Streik als Erholungsurlaub“, das war die Hauptdirektive der Reformisten. Die RGO, dagegen führte nach Verlassen des Betriebes eine Massendemonstration und anschließend die Streikversammlung durch und sagte den Arbeitern, was getan werden muß, damit der Streik siegreich geführt werden kann. Bei Beginn des Streikes, wo fast die ganze Belegschaft in der Versammlung und die Arbeiter für das Gehörte besonders empfänglich sind, muß sofort eine gründliche Aufklärung über die Lage, über wichtige Streikerfahrungen in anderen Industrien, über die neuen Kampfmethoden (Abwehr des Streikbruchs und des gegnerischen Terrors) und über die Rolle der Reformisten erfolgen. Außerdem wurden den Arbeitern die Streiklokale mitgeteilt, die in einem Restaurant, in einer Garage, Keller oder sonstwo geschaffen waren, sie wurden über das Streikposten stehen instruiert, ihnen gesagt, daß sie täglich ins Streiklokal zur Kontrolle kommen müssen und es wurde ihnen sofort auf Grund der Fragebogen die Streikkarte ausgestellt. Dort, wo der Betrieb weit von dem Wohngebiet der Arbeiter abgelegen war, wurde festgelegt, wie die Kontrolle teilweise im Wohngebiet durchgeführt wird.

Es gab auch einige Fälle, wo die RGO, nicht genügend mit den Massen verbunden war und taktische Fehler machte.

Betrieb: A.E.G. — A. Am Dienstag, dem 14. Oktober hatten wir eine Hofversammlung. Hier zeigte sich wieder als großer Fehler, daß wir vorher nicht eine Besprechung zumindest unserer Betriebsräte, Vertrauensleute und Kampfausschußmitglieder hatten. So waren nicht einmal alle unsere Funktionäre von dieser Versammlung informiert. Als zu Beginn der Pause die Bekanntmachung herauskam von der Hofversammlung, war es zu spät und die meisten wußten nicht einmal, warum diese Hofversammlung stattfindet. Die Reformisten sagten, das wäre „von den anderen“, es geht uns nichts an usw.

Ein weiterer Fehler war, daß am Schluß der Ansprache unseres Betriebsrats, die darin ausklang, sofort in den Streik zu treten, ohne Aussprache gleich abgestimmt wurde, obwohl es klar war, daß der reformistische Betriebsratsvorsitzende, der gleich mit dem Direktionsvertreter ankam, später dagegen sprechen wird. Es war tatsächlich so, daß auf Grund der vorliegenden Abstimmung für uns nichts mehr zu ändern war.

Die Kollegen revidierten ihre Abstimmung nach der Ansprache des Reformisten. Unsere Funktionäre waren aber gezwungen, die wenigen Kollegen, die ihren Beschluß in die Tat umsetzten, nicht allein aus dem Betrieb gehen zu lassen. Außerhalb des Betriebes setzten wir uns sofort mit der Aktivgruppe der Erwerbslosen in Verbindung und bildeten mit diesen gemeinsam bei Arbeitsschluß Sprechere und Diskussionsgruppen. Wir machten den Kollegen klar, daß sie am Mittwoch den Betrieb nicht mehr betreten dürfen und dies war auch den meisten klar.

Am Mittwoch früh standen wir mit unseren selbstgefertigten Streikplakaten Posten. Auch die Erwerbslosen waren mit ihren Transparenten erschienen. Um 7/8 Uhr versuchte ein größerer Teil Kolleginnen in den Betrieb zu gehen unter Berufung der Parole des DMV, um 9 Uhr den Betrieb zu verlassen. Die reformistischen Funktionäre hatten sich nicht sehen lassen. Sie vertrauten sich wohl nicht, ihre Parole zu widerrufen. Hier erschienen nun der Betriebsratsvorsitzende, aber nicht, um erst die ihm treu folgenden Kollegen aufzuklären — was uns inzwischen schon bei den meisten gelungen war — sondern den Direktionsvertretern freudlich mitzutellen, daß wir bereits im Streik standen. Es sah aus, als gingen sie sich bei der Direktion entschuldigen und sie schüttelten sich die Hand, als wollten sie sagen: wir werden die Sache schon machen. Darauf sagte der Reformist vor dem Tor, daß das Metallkartell den Streik beschlossen habe und nur die Gewerkschaften seien berechtigt, den Kampf zu führen. Bekantgabe der Streiklokale erfolgte dann und der Hinweis, daß sich auch die Unorganisierten registrieren lassen können. Dann können sie nach Hause gehen. Wenn etwas ist, werden sie es schon erfahren. Wir forderten die Kollegen auf, diesem nicht nachzukommen, sondern in unsere Streikversammlung zu kommen, sich eine Streikleitung zu wählen und sich in unseren Streiklokalen registrieren zu lassen. Diese Versammlung war sehr gut besucht und hier wurde die Streikleitung gewählt.

Fehler

Die Leitung der RGO, im Betrieb und die Betriebsräte hätten es in diesem Falle nicht einmal für notwendig gehalten, die Funktionäre der RGO, zusammensuchen, sie zu informieren, damit vor der Hofversammlung die Beeinflussung in den Abteilungen geschehen konnte. Die Folge war, daß der reformistische Betriebsrat die Reihen der Arbeiter und Arbeiterinnen verwirren konnte. Höhnisch riefen die reformistischen Betriebsräte den RGO-Anhängern zu: „Nun zeigt einmal, was Ihr könnt!“ Statt darauf mit der verstärkten Agitation im Betrieb, mit der Konzentrierung der Kräfte nach bestimmten Abteilungen zu antworten, um wenigstens einen Teil des Betriebes stillzulegen und mit diesen Arbeitern den Betrieb zu verlassen, gingen die Kommunisten allein heraus.

In einem anderen Falle rief die RGO, zur Hofversammlung auf. Von 5000 Arbeitern und Arbeiterinnen erschienen 900. Statt unter diesen Umständen von Abteilung zu Abteilung zu gehen, um die Arbeiter überall aufzurütteln und sie von der Notwendigkeit des sofortigen Streiks zu überzeugen, gingen 120 RGO-Anhänger nach der Hofversammlung direkt aus dem Betrieb. Selbst wenn es der RGO, durch die Bearbeitung der Abteilungen nach der Hofversammlung nicht gelungen wäre, den ganzen Betrieb stillzulegen, so konnten sie wenigstens einige Abteilungen veranlassen, die Arbeit niederzulegen und zahlreiche Arbeiter aus anderen Abteilungen für die sofortige Teilnahme am Streik zu bewegen.

Die wichtigsten Lehren des Streikbeginnes

Die wichtigsten Lehren bei der Stilllegung der Betriebe sind:

Mobilisierung der Massen der Arbeiter und Schaffung der Einheitsfront auf breiter Basis auf der Grundlage der RGO-Forderungen. Verwirklichung der proletarischen Demokratie durch sofortige Wahl der Streikleitung bei Streikbeginn.

Systematische Bearbeitung der Abteilungen und Werkstätten mit Hilfe der Vertrauensleute, wobei die wichtigsten Abteilungen besonders systematisch zu bearbeiten sind. Die Mitglieder der RGO, müssen so arbeiten,

daß sie die Massen der Arbeiter in den Streik führen. Sie dürfen nicht isoliert von den Massen aus dem Betrieb gehen und auf Erfolge der Agitation von außen hoffen.

Nach Verlassen des Betriebes sofort in geschlossenem Demonstrationszug zu anderen Belegschaften, die für den Streik gewonnen werden müssen, und in die Streikversammlungen. Hier wird sofort die Streikleitung gewählt bzw. der vorbereitende Kampfausschuß unter Heranziehung neuer Kräfte zur Streikleitung gewählt. Die Streikenden werden sofort registriert und die Werbung für den roten Verband bzw. die RGO, wird sofort begonnen.

In der Streikversammlung sind die Forderungen, die Taktik und die Streiklenkung zum Verhalten der reformistischen Bürokratie und anderer Feinde der Arbeiter zu beschließen. Diese Beschließung ist von größter Bedeutung für die Klärung strittiger Fragen und die systematische Gewinnung der Arbeiter für die Strategie und Taktik der RGO.

Im Streik

Die Industriellen und die Regierung wollten durch den Lohnabbau in der Berliner Metallindustrie das Signal zum allgemeinen Abbau der Tariflöhne geben. Der Streik der Metallarbeiter hatte die größte politische Bedeutung, denn er richtete sich nicht nur gegen das Unternehmertum, sondern gegen die Regierung und das Regierungsprogramm, dessen Kernstück die Forderung des Lohnabbaues war.

Deshalb mußten auch die Hauptkräfte der Kommunistischen Partei und der RGO, und aller Arbeitermassenorganisationen auf diesen Frontabschnitt konzentriert werden. Die Agitatoren und Organisatoren aus anderen Industriegruppen mußten zur Verstärkung der Arbeit an den schwachen Stellen der Front eingesetzt werden, die Sportler waren als Agitatoren (Werbefahrten der roten Kavallerie) und Hellen im Streikschutz tätig, die IAH, wirkte hervorragend bei der Verpflegung der Streikenden, die Rote Hilfe mobilisierte gegen Polizeiterrord und für sofortige Freilassung der verhafteten Arbeiter, die Freidenker nutzten den Streik zur breitesten Aufklärungsarbeit und Agitation gegen die Kulturreaktion und für den Kirchenaustritt.

Die Solidaritätsbewegung

Die siegreiche Durchführung des Kampfes erforderte deshalb nicht nur die größte Entfaltung der Kampfkraft der streikenden Metallarbeiter, sondern die Verbreiterung der Streikfront und die größte Solidaritätsaktion der Werktätigen. Es galt, durch Einbeziehung der Angestellten, Lehrlinge und Kriegsbeschädigten in den Streik jede Streikarbeit annähmlich zu machen und auch jene Berliner Metallbetriebe stillzulegen, die nicht zum Verband der Berliner Metallindustriellen gehörten, denn dort werden nach Beendigung des Kampfes die gleichen Arbeitsbedingungen eingeführt wie in den Verbandsbetrieben. Darüber hinaus mußte Solidarität mit den Berliner Metallarbeitern in anderen Teilen des Reiches aus Solidarität mit den Berliner Metallarbeitern und für ihre eigenen Forderungen in den Streik zu führen. Dabei war es besonders notwendig, jene Konzernbetriebe zu bearbeiten, wie Siemens-Schuckert, Nürnberg, den AEG-Betrieb in Sachsen, Borsig in Schlesien usw., wo Streikarbeit geleistet werden könnte. Das geschah aber nicht.

Die Lösung des Kampfbündnisses mit den Arbeitern anderer Industrien, wie z. B. der Verkehrsbetriebe, konnte noch nicht aufgestellt werden, weil der Einfluß der RGO, in diesen Industrien noch zu schwach war. Es wur-

den deshalb als nächster Schritt der Kampfmobilisierung die Arbeiter der anderen Industrien aufzufordern, sofort in Belegschaftsversammlungen zum Metallarbeiterstreik und zu den Kampfaufgaben in der betreffenden Industrie und im Betriebe Stellung zu nehmen, **Solidaritätsausschüsse** zur Unterstützung des Metallarbeiterkampfes zu wählen und mindestens einen Stundenlohn pro Mann als Streikmunition für die Metallarbeiter zu geben.

Diese beschleunigte Mobilisierung in allen Betrieben war eine der wichtigsten Bedingungen der Revolutionierung des Metallarbeiterstreiks, der gleichzeitigen Steigerung des politischen Massenkampfes der Arbeiterklasse. Die politische Bedeutung des Streiks, seine Auswirkung auf die Veränderung der Klassenkräfte erfordert die innigste Verbindung der wirtschaftlichen mit den politischen Lösungen. Nur durch die Revolutionierung des Streiks und seine politische Verknüpfung mit den unmittelbaren Interessen der Massen des werktätigen Volkes war es möglich, die breitesten Massen für die aktive Solidarität zu gewinnen.

Die zentrale Streikleitung entsandte aber auch Beauftragte zu den Arbeitern in die näher gelegenen kapitalistischen Länder, um dort den Kampf anzufeuern, über die Erfahrungen zu berichten und die Solidaritätsaktion zu fördern.

Die verhältnismäßig schnelle Stellungnahme und Sammelaktion der Mitglieder der roten Gewerkschaften und der Arbeiter in den Belegschaftsversammlungen war ebenso eine unmittelbare moralische und materielle Hilfe für die Berliner Metallarbeiter, wie ein Anstoß zur Organisation des Kampfes im eigenen Lande. Es wäre nötig gewesen, die internationalen Verbindungen zwischen den Belegschaften und Gewerkschaftsorganisationen schon vor dem Kampf besser zu organisieren.

Von größter Bedeutung für die Stärkung der internationalen Kampfsolidarität waren die sofortigen **Solidaritäts-Kundgebungen der Großbetriebe und Gewerkschaften der Sowjetunion**. Die Selbstverpflichtung zur schnelleren Durchführung des Produktionsplanes, die mit diesen Kundgebungen verbunden waren, wirkten wiederum anfeuernd auf die Berliner Metallarbeiter und veranlaßten Diskussionen in den Belegschaften über die Diktatur des Proletariats und den Siegeszug des Sozialismus in der Sowjetunion.

Der Streik muß die Öffentlichkeit beherrschen

Die Arbeitermassen und Werktätigen in Stadt und Land unterstützen nur dann den Streik, wenn die Agitation der Kommunistischen Partei und der RGO, bis zu ihnen dringt. **Der Streik muß die Arbeiteröffentlichkeit beherrschen**, Jedem Arbeiter muß bewußt werden, daß die Sache der Streikenden die Sache jedes Arbeiters, jeder Arbeiterin und jedes Jungarbeiters ist. Transparente mit den Losungen und roten Fahnen müssen das Straßenbild beherrschen. Im Anschluß an alle Belegschaftsversammlungen sollen Straßendemonstrationen stattfinden, um die werktätige Bevölkerung aufzurütteln und zur Solidaritätsaktion zu veranlassen. Die Beschlüsse der Streikleitung von allgemeiner Bedeutung müssen allen Arbeitern bekannt werden. Durch Entsendung von Metallarbeiter-Delegationen in andere Betriebe, durch Agitatortruppen vor den Betrieben, durch Betriebs- und Häuserblockierungen, durch Hof- und Hausagitation gilt es, **das ganze werktätige Volk zu mobilisieren**. Am 2. Streiktag fand eine **zentrale Demonstration** der Metallarbeiter statt. Die Regierung fürchtete den wachsenden Einfluß der RGO, und die Mobilisierung der Werktätigen. Auf Anweisung des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten führte die Polizei wüste Attacken gegen die Demonstranten durch. Die KPD, und die Rote Hilfe bewußten den Polizeierror mit der stärkeren Mobilisierung der

Arbeiter und der Werbung für die proletarischen Wehrorganisationen. Gleichzeitig appellierten die Arbeiter an die Polizeibeamten, in einem Flugblatt des Betriebes K. lesen wir:

„Polizeibeamte, wenn der Streik durch Schiedsspruch für ungesetzlich erklärt wird, wendet ihr unter dem Kommando Eurer reaktionären Offiziere noch schärfer auf uns Arbeiter gehetzt werden. Wir rufen Euch zu Unser Kampf ist Euer Kampf, Schützt nicht die Reichen, kämpft mit den Armen. Kämpft gegen Gehaltsabbau, verbrüderd Euch mit den Arbeitern!“

Ein anderes Flugblatt des Betriebes P. sagt:

„Wir rufen Euch zu, keinen Hieb, keinen Schuß auf Streikende, keinen Schutz den Streikbrechern.“

Vor den Betrieben diskutierten Streikposten mit Schupoameuten, sodaß die Offiziere generell den Beamten verboten, sich in Gespräche einzulassen.

Revolutionäre Propaganda

Der Streik ist besonders eine günstige Situation zur systematischen Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiter und zur Ausrottung der reformistischen Einflüsse mit Hilfe der revolutionären Propaganda. Durch die täglich erscheinende Streikzeitung in den Belegschaftsversammlungen, die möglichst jeden 2. Tag stattfinden sollen, in den Sitzungen und Konferenzen der Streikleitung und in besonderen Kursen für Streikheifer und für alle am Streik beteiligten Arbeiter sind im Zusammenhang mit den Fragen des Streiks die Grundfragen der Strategie und Taktik des revolutionären Klassenkampfes zu erläutern.

Es genügt nicht, daß die streikenden Arbeiter gegen den Lohnabbau sind und wissen, warum und für welche Forderungen sie kämpfen. Durch systematische Propaganda an die Arbeit muß vielmehr den Streikenden zum Bewußtsein gebracht werden, wieso der Lohnabbau nur ein Teil der kapitalistischen offensiven ist, welche Rolle der kapitalistische Staat zur Ausplünderung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und aller Werktätigen ausübt, welches die Ursachen der Wirtschaftskrise sind und warum für die Arbeiterklasse der einzige Ausweg der Kampf um ein Sowjet-Deutschland ist. Diese systematische Propaganda war von größter Bedeutung, um durch Bekämpfung der reformistischen Einflüsse die Streikfront zu festigen.

Die Reformisten versuchten von Anfang an, durch wirtschaftsrechtliche Propaganda die Arbeiter irre zu führen und ihnen den Lohnabbau schmackhaft zu machen. Dazu diente der **Schwindel vom Preisabbau**. Im „Vorwärts“ vom 19. Oktober 1930 wurde dazu gesagt:

„Die Reichsregierung muß deshalb von ihrer Lohn- und Preisschaukelpolitik herunter. Die Arbeiterschaft läßt sehr wohl über Löhne mit sich reden.“

Obwohl die Reformisten genau wußten, daß die Unternehmer eine Senkung des Reallohnes durchsetzen wollten und die Frage des Lohnabbaues mit der Höhe der Preise nichts zu tun hat, versuchten sie, die Arbeiter durch die Lösung des Kampfes um die „Preissenkung“ vom Lohnkampf abzulenken und die Arbeiter zu überzeugen, daß in der Wirtschaftskrise angesichts der „kommenden Preissenkung“ der Lohnabbau unvermeidlich sei. Diese Frage gab einen guten Anlaß, um mit den sozialdemokratischen Arbeitern die Ursachen der Wirtschaftskrise zu diskutieren, den Schwindel vom Preisabbau zu entlarven und konkret die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Sowjetunion und die Verelendung der Arbeiter im kapitalistischen Deutschland gegenüber zu stellen. In der Betriebsagitation wurde das u. a. an folgendem Beispiel aus der Sowjetunion erläutert:

„Die Dreher bei den Elektromechanischen Werken Stalin, ehemals AEG, in Charkow, verdienen 160—180 Rubel pro Monat (320—360 Mark). Abzüge vom Lohn für Versicherungen und ärztliche Hilfe gibt es nicht. Der

Lohn einer Frau ist nicht niedriger als der eines Mannes. Daneben existiert in diesem Betrieb der Siebenstundentag und die Fünftagewoche. Viele Hunderte ungelernete Arbeiter lernen in Betrieben, um eine Qualifikation zu erlangen."

Durch diese Arbeiterkorrespondenz wird nicht nur die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Sowjetunion unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats bewiesen, sondern sie gibt Anlaß, grundsätzlich die Frage Kapitalismus oder Sozialismus und die Notwendigkeit des Kampfes um die Diktatur des Proletariats zu begründen. Ähnlich wurden im Zusammenhang mit der Diskussion über die Forderung 7-Stundentag und 40-Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich die Ursachen der wachsenden Erwerbslosigkeit in Deutschland und die Liquidierung der Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion diskutiert. Besonders aktiv verteidigten die Reformisten das Schlichtungswesen. Dazu wurde sogar der „Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes" mobilisiert. Er faßte folgenden Beschluß:

"In dem Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie erkennt der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Absicht, die staatliche Schlichtung einseitig zu Gunsten der Arbeitgeber gegen die Arbeiterschaft einzusetzen. Mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband sind daher alle Gewerkschaften einig in der entschiedenen Verurteilung dieses Mißbrauches der Staatsgewalt und erheben im voraus Protest dagegen, daß etwa durch Verbindlicherklärung dieses Schiedsspruches versucht wird, der Arbeiterschaft den Lohnabbau aufzuzwingen."

Der ADGB glaubte also vorübergehend, daß die staatliche Schlichtung einseitig zu Gunsten der Unternehmer eingesetzt werden sollte, das wäre ein „Mißbrauch" der Staatsgewalt. Die Reformisten wollen also den Arbeitern einreden, daß die kapitalistische Staatsgewalt, der Machtapparat der Bourgeoisie, also auch ihre Schlichtungsorgane, nicht die Klasseninteressen der Bourgeoisie, sondern gleichzeitig auch die Arbeiterinteressen vertritt.

So versuchten die Reformisten während des Streiks, den Hungerschiedsspruch als einen ausnahmsweisen „Mißbrauch der Staatsgewalt" hinzustellen und damit die Unterstützung eines kommenden Hunger-Schiedspruches, der kein „Mißbrauch" ist, vorzubereiten.

Diese Frage des Schlichtungswesens gibt die beste Möglichkeit, unter Anknüpfung an den Hungerschiedsspruch den Arbeitern die Rolle der kapitalistischen Staatsgewalt zu erläutern und dabei die Frage des Schlichtungswesens zu verknüpfen mit den Steuergezeiten, dem Zollwucher, dem Polizeieror, der Klassenjustiz, „Durch die Gegenüberstellung der Sowjetmacht als Machtorgan der Arbeiterklasse, das die wirtschaftliche und kulturelle Lage der Werktätigen hebt, während der kapitalistische Staat die Geschäfte des Finanzkapitals besorgt und die Werktätigen ins tiefste Elend stößt, gilt es, die Massen für den Kampf um die Diktatur des Proletariats zu gewinnen. Nur wenn so die wirtschaftlichen Forderungen mit den großen Aufgaben des Klassenkampfes verknüpft werden, wird der Streik zu einer wirklichen Massenschule für den Klassenkampf."

Politik und Wirtschaftskämpfe

Die Bourgeoisie und die Sozialfaschisten sehen diese Gefahr. Die reformistische Bürokratie wendet sich deshalb, wenn sie nicht die Mehrheit hat, gegen die Beratung politischer Fragen in den Belegschafts- und Gewerkschaftsversammlungen. Die Regierung diktiert Hungerschiedssprüche, mobilisiert die Polizei gegen die Streikposten, verhaftet Streikposten, aber die Reformisten spekulieren auf die rückständigen Stimmungen unter den

Arbeitern und versuchen, unter der Losung: „Der Streik ist kein wirtschaftlicher Streik, wir beschäftigen uns nur mit wirtschaftlichen Fragen" den Kampf gegen die Unterdrückungspolitik des kapitalistischen Staates zu verhindern.

Aber ohne Abwehr des polizeilich geschützten Streikbrüches, ohne Kampf gegen die staatlichen Schlichtungsdiktate ist der Sieg der Arbeiter nicht möglich. Während die Vertreter der Sozialdemokratie mit der Regierung über die beste Methode der Streikabwägung verhandeln, was zweifellos eine politische Maßnahme ist, protestieren ihre Funktionäre in den Versammlungen gegen die Beratung politischer Fragen, weil sie fürchten, daß der Verrat der Sozialdemokratie entlarvt wird und die Arbeiter erkennen, daß nur die Kommunistische Partei ihre Interessen vertritt.

Durch Widerstand gegen die Beratung der Lage und der Klassenaufgaben des Proletariats wollen die Sozialdemokraten nicht nur ihre arbeitserfreundliche Politik und die Zusammenhänge zwischen der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der von der SPD unterstützten Regierungspolitik verschleiern, sondern auch verhindern, daß sich der Kampf der Arbeiter nicht nur gegen die betreffende Unternehmerrgruppe, sondern gleichzeitig gegen die kapitalistische Staatsgewalt, gegen das kapitalistische System der Volkspundierung und Unterdrückung richtet. Deshalb ist es notwendig, daß die Kommunistische Partei klar und eindeutig auf den Konferenzen, in den Streikversammlungen und in der Presse ihre Einschätzung der Situation und ihre Auffassung über die Strategie und Taktik des Kampfes klar begründet, den Arbeitern die politischen Zusammenhänge und die Klaffen aufzeigen und den arbeitserfreundlichen Charakter der SPD-Politik entlarvt. Das ist gerade während des Streiks notwendig, wo die Arbeiter auf Grund ihrer unmittelbaren Erfahrungen leichter zu überzeugen sind.

Gegen den Reformismus

Die Masseninitiative gegen den Reformismus und gegen den Opportunismus ist eine Voraussetzung des Sieges. Deshalb müssen die Streikleitungen den Kampf gegen den Reformismus planmäßig führen, dafür sorgen, daß in den reformistischen Versammlungen Anhänger der RGO sprechen und Anträge für die revolutionäre und gegen die reformistische Politik einbringen. Wenn die Reformisten keine Gewerkschaftsversammlungen einberufen, soll die RGO Versammlungen für die Mitglieder der reformistischen oder christlichen Gewerkschaften organisieren. Je nach der Situation ist zu entscheiden, ob es zweckmäßig ist, reformistische Führer in die Streikversammlung zu laden, um sich mit ihnen auseinanderzusetzen und sie vor den Arbeitern zu entlarven.

Der Kampf gegen den Reformismus darf nicht das Monopol der Presse sein. Die Streikleitungen müssen den Belegschaftsversammlungen klare Beschlüsse vorlegen, in denen gegen die wichtigsten Verträetern der Reformisten grundsätzlich Stellung genommen wird. Dadurch werden die schwankenden, noch teilweise unter reformistischem Einfluß stehenden Arbeiter für die RGO gewonnen und verhindert, daß solche Arbeiter nach dem Streik wieder den Reformisten folgen. Aber es werden auch jene Gewerkschaftsfunktionäre entlarvt, die sich vor einer offenen Stellungnahme drücken wollen, damit sie zu einem günstigen Zeitpunkt ihre reformistische Zersetzungsbesser durchführen können.

Gewerkschaftsmitglieder, die bisher unter reformistischem Einfluß standen und organisierte Sozialdemokraten, die sich überzeugt haben von der Richtigkeit unserer revolutionären Taktik, sind zu veranlassen, ihren Standpunkt mündlich vor den Arbeitern und schriftlich in der Presse zu begründen.

Für die sozialdemokratischen Arbeiter und für die Gewerkschaftsmittglieder sowie für die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften müssen besondere Flugblätter, ja sogar besondere Zeitungen herausgegeben werden. Im Berliner Metallarbeiterstreik wurde für die sozialdemokratischen Arbeiter die Flugschrift „Die rote Einheitsfront“ verbreitet.

Information, Berichterstattung und Heranziehung von Funktionären

Für den Erfolg des Streikkampfes ist die zielbewußte Führung, die Fähigkeit zur Entfaltung der größten Masseninitiative und das schnelle Reagieren auf alle Ereignisse durch die Streikleitung entscheidend. Die Beschlüsse der Streikleitung dürfen nicht in irgendwelchen Protokollen vergraben werden, sie sind durch die „Streiknachrichten“ und besondere Flugblätter der Masse der Streikenden schnell mitzuteilen. Besonders die selbstgefeitzigten Wandzeitungen bei den Streiklokalen, in den Verkehrslokalen der Arbeiter sind zur schnellen Information geeignet.

Die Wandzeitung informiert über die Fortschritte des Kampfes, gibt die Beschlüsse der Streikleitung bekannt, beantwortet die Fragen, die von den Arbeitern gestellt werden, gibt die aktuellsten politischen Informationen, berichtet über die Maßnahmen des Gegners, bringt besondere Mitteilungen für Frauen, Angestellte und Lehrlinge, teilt die Ergebnisse der Sammelaktion mit und veröffentlicht unter „Selbstkritik“ Mitteilungen der Streikleitung und der Arbeiter über Fehler und Schwächen des Kampfes.

Aber die Streikleitungen können nur dann rechtzeitige und richtige Instruktionen geben, wenn eine ständige Berichterstattung der Funktionäre an die Betriebsstreikleitungen und an die zentrale Streikleitung erfolgt und die gewählten Mitglieder der Streikleitung und eine Anzahl Instrukteure ständig mitarbeiten, um die Durchführung der Beschlüsse der örtlichen oder zentralen Streikleitung zu organisieren, an schwachen Stellen zu helfen und die Durchführung der Beschlüsse zu kontrollieren.

Die führende Kraft der Streikleitungen leidet meistens unter der mangelhaften Mitarbeit der Streikleitungsmitglieder. Statt jene Arbeiter, die für zentrale Funktionen gewählt sind, in der Betriebsstreikleitung durch neue Arbeiterfunktionäre zu ersetzen und diese unmittelbar zu schulen, stellen oft die Betriebsstreikleitungen die Interessen ihres Betriebes über das Interesse der gesamten Streikbewegung, lehnen es ab, Funktionäre zur Verfügung zu stellen und schwächen damit die Streikführung.

Die gewaltigen Aufgaben des Streikkampfes können nur geleistet werden, wenn tausende neue Arbeiter unmittelbar als Funktionäre herangezogen werden und im Streikkampf unmittelbar mit der Schulung dieser Arbeiter begonnen wird. Die Streikleitung muß deshalb dafür sorgen, daß die Sitzungen der Streikleitung, die Konferenzen und andere Beratungen Schulen für die Funktionäre sind. Begeisterte Referate genügen nicht.

Die Streiktaktik, die Fragen der Wirtschaftskrise, die Politik der Regierung, die reformistischen Theorien, die Fragen des Kampfes gegen den Faschismus müssen auf diesen Konferenzen und in besonderen Kursen grundsätzlich behandelt werden. Um die Bewegung die Führung zu nehmen, versucht der Gegner die Mitglieder der Streikleitung zu verhaften. Die Streikleitung darf deshalb nicht im Streiklokal tagen und die einzelnen Mitglieder der Streikleitung und andere bekannte Funktionäre müssen sich auf die Verfolgungen durch die Gegner rechtzeitig vorbereiten.

Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse

Richtige Beschlüsse sind für die Streikämpfe entscheidend, aber es kommt auf ihre schnelle und exakte Durchführung an. Im Berliner Metallarbeiterstreik zeigte sich schon in den ersten Tagen, daß ein größerer Teil der Beschlüsse nicht bis zu allen Betriebsstreikleitungen und bis zu den streikenden Arbeitern weitergeleitet werden und daß an manchen Stellen Schwierigkeiten entstehen, denen die Betriebsstreikleitungen noch nicht gewachsen sind. Neben den regelmäßigen Aussprachen in der Zentralstreikleitung und auf den Konferenzen der Streikleitungen, die möglichst oft stattfinden sollen, ist deshalb die direkte Kontrolle der Arbeit der einzelnen Streikleitungen, wie die Tätigkeit und Stimmung der Belegschaften durch die Mitglieder der örtlichen Zentralstreikleitung und ihre Instrukteure nötig. Dadurch wird auch die Zentralstreikleitung schnell informiert und kann schneller Maßnahmen zur Beseitigung typischer Fehler ergreifen. Die Arbeit der Streikleitung, die Tätigkeit der Streikleitungsmitglieder, die Verhältnisse in den Streiklokalen, die Verarbeitbarkeit für die roten Gewerkschaften und die RGO, die besondere Bearbeitung der Arbeiterinnen und Angestellten, die Verbreitung des Agitationsmaterials, die Fortschritte der Sammelkampagnen und die Durchführung der Verpflegung der Streikenden, die Tätigkeit des Streikschutzes und die Maßnahmen im Kampf gegen den Reformismus sind durch die Beauftragten der Zentralstreikleitung überall zu prüfen.

Die Erfahrungen und die besten Fortschritte bei der Erfüllung der verschiedensten Aufgaben müssen durch die Arbeiterkorrespondenten der Streikzeitung mitgeteilt und auch in der Wandzeitung veröffentlicht werden, damit alle Arbeiter die guten Beispiele erfahren, um sie nachzuahmen und möglichst zu übertreffen. Aber gleichzeitig sind mit Hilfe der revolutionären Selbstkritik die typischen Fehler und Schwächen, wie z. B. Verzicht auf den Kampf gegen den Reformismus, Vernachlässigung der Bearbeitung der Gewerkschaftsmittglieder, mangelhafte Organisation des Streikschutzes und des Massenstreikpostensiehens und dergl. auf Grund der einzelnen Beispiele zu enthüllen und zu zeigen, wie es besser gemacht werden muß.

Schwache Stellen in der Front

Die Streikleitung muß dafür sorgen, daß die schwachen Stellen in der Front beseitigt werden. Betriebe, wo der Streik nur teilweise durchgeführt ist, oder wo die übergroße Mehrheit der Streikleitung unter reformistischem Einfluß steht und die Anhänger der RGO, nicht klar die revolutionäre Taktik vertreten, müssen durch besondere Stoßbrigaden aus aktiven Streikenden, Erwerbslosen und Frauen, durch mündliche Agitation, Herausgabe von Flugzetteln usw., Werbung für die RGO, bessere Organisation der Verpflegung der Streikenden und dergl. unterstützt werden. Ein Beispiel des Kampfes um die Streikführung zeigt folgender Betriebsbericht:

Betrieb M. & G.: Unter Ausschaltung der Unorganisierten, die im Betrieb eine Mehrheit sind, sowie der oppositionellen Betriebsräte hatten sich die Reformisten als Streikleitung konstituiert. In der heutigen Belegschaftsverammlung herrschte deshalb schon von vornherein unter den Kollegen eine empörte Stimmung. Als dann der reformistische Vorsitzende eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung eines oppositionellen Kollegen brutal abwürgte, erhob sich lebhafter Widerspruch in der ganzen Versammlung. Die Reformisten setzten sich aber darüber hinweg und forderten sogar eine im Saal anwesende Delegation der Erwerbslosen von zehn Mann auf, den Saal zu verlassen, weil sie „betriebsfremde“ Elemente seien. Sofort setzte der Protest des größten Teiles der Belegschaft ein. Verschiedene Versuche,

die Geschäftsführung in der Hand zu behalten, gingen in den Protestrufen der Kollegen unter. In provozierender Pose erklärte darauf der DMV-Bonze, daß sie als klassenbewußte Arbeiter diese Stimmung verstehen könnten und machten den Vorschlag, die Erwerbslosen mögen den Saal verlassen, damit sie ihre Tagesordnung erledigen könnten und nachdem können sie ja wieder hereinkommen. Seine weiteren Ausführungen gingen im Gejohle der Versammlung unter. Rufe wurden laut wie: Wo hast Du denn Dein Klassenbewußtsein! Erwerbslose drin bleiben! Wir müssen die Einheitsfront mit den Erwerbslosen schmieden! Daraufhin erklärte der Vorsitzende: Die Versammlung ist geschlossen und wir verlassen den Saal. Dem taktischen Eingreifen eines anwesenden RGO-Vertreters ist es zu verdanken, daß keine Panik entstand. Die Kollegen wurden aufgefordert, sitzen zu bleiben und die RGO übernahm die Versammlung, an der die große Hälfte der Belegschaft bis zum Schluß teilnahm. Den Ausführungen des Genossen Y, sowie des Genossen A, lauschten die Kollegen in gespannter Stille. Einmütig wurde beschlossen: die von den Reformisten eingesezte Leitung nicht anzuerkennen und eine eigene Streikleitung zu wählen. Gleichzeitig wurden zwei Vertreter des Erwerbslosenausschusses in die Kampfleitung gewählt.

Pikant ist, daß der Reformist inzwischen vom Besitzer des Lokals verlangt hat, er solle den Saal räumen lassen, sie lehnen jede Verantwortung ab. Auf ihren Ruf erteilte auch die Schupo herbei. An der Disziplin der Versammlung scheiterte jedoch jede Provokation. Der Aufforderung, sich geschlossen der RGO, anzuschließen, folgten die Kollegen und marschierten demonstrativ in geschlossenem Zuge zum Zentralstreiklokal. 60 Neuaufnahmen wurden für die RGO gestellt. Die Versammlung klang aus in dem einmütigen Gelächris, in fester Einheitsfront der Betriebsarbeiter, der Erwerbslosen und der Arbeiter der anderen Industrien den Kampf unter der Führung der RGO, bis zum siegreichen Ende durchzuführen.

In anderen Belegschaftsversammlungen, wo reformistische Führer die Streikfront zersetzen wollten und auf Grund ihrer Mehrheit im Betriebsrat glaubten machen zu können, was sie wollten, wurden die reformistischen Streikbruchorganisationen aus den Versammlungen geworfen.

Es gab aber auch einige Betriebe, wo RGO-Anhänger bis kurz vor Streikbruch in der gemeinsamen Streikleitung mit den Reformisten saßen. In der Tat verzichteten dort die RGO-Mitglieder im Namen der Einheit — Einheit mit dem Reformismus — auf die Massengewinnung für die revolutionäre Taktik der RGO, und die rechtzeitige Entlarvung des Reformismus. Als die Reformisten die offene Streikabwürzung begannen, dann wollten die RGO-Anhänger — wenn es zu spät ist — mit dem Kampf gegen den reformistischen Verrat anfangen. Dann ist aber die RGO kaum in stande, den Streik gegen den reformistischen Streikbruch weiterzuführen.

Es kann vorkommen, daß in Belegschaftsversammlungen die Arbeiter sowohl Mitglieder der RGO, als auch reformistische Funktionäre in eine Streikleitung wählen. Durch selbständiges, fraktionsmäßig-einheitliches Auftreten der RGO, in der Streikleitung und vor der Belegschaft muß sie die Arbeiter gewinnen und die reformistischen Funktionäre entweder überzeugen und die Streikleitung durch Ergänzungswahl verstärken oder die Reformisten aus der Streikleitung hinauswählen und durch andere Arbeiter ersetzen lassen. Eine einheitliche Streikführung ist nicht eine solche, wo die RGO-Anhänger im Interesse eines einheitlichen Firmenschildes mit den Reformisten auf ihr selbständiges Auftreten in der Leitung und vor der Belegschaft verzichten, sondern eine solche, die es versteht, die Masse der Arbeiter einheitlich für die Taktik der RGO, zu gewinnen. Es gibt also in der Streikleitung keine „Vertreter gegnerischer Organisationen“ zur

„Vertretung der andersdenkenden Kollegen“. Es darf in keinem Falle und unter keinen Umständen einen „Waffenstillstand“ mit den Vertretern gegnerischer Organisationen oder Auffassungen geben. Nur die RGO, und die roten Einheitsverbände führen den Kampf für die Klasseninteressen der Arbeiter und sind die einzige Kraft, die ehrlich die Einheitsfront der Arbeiter organisiert und führt.

Der Streikschutz

Die Streikleitung muß die aktivsten und zuverlässigsten Mitarbeiter mit der Leitung des Streikschutzes beauftragen.

In der Krise des Kapitalismus, wo jede größere Streikbewegung die kapitalistische Gesellschaft erschüttert, kämpft die Bourgeoisie vor allem durch Anwendung der schärfsten Bürgerkriegsmittel gegen die Streikposten, um dadurch dem Streikbrecher den Weg zu bereiten. Die wirkungsvollste Methode gegen diesen Terror ist die Abriegelung der Betriebe und deren Umgebung durch Massenstreikposten bei gleichzeitiger Zerspaltung der Kräfte des Gegners durch Demonstrationen in anderen Gebieten. Die Streikposten sollen weithin sichtbar zum Ausdruck bringen, wofür gestreikt wird.

Unter legalen Verhältnissen müssen deshalb die Streikposten Plakate tragen, auf denen die Hauptlosungen und die Führung des Streiks durch die RGO, oder durch den roten Verband bekannt gegeben wird. Im Berliner Metallarbeiterkampf hatten verschiedene Streikleitungen anfangs Plakate angefertigt, die nur mittelmäßig, daß gestreikt wird, aber nicht wofür. Die zentrale Streikleitung gab danach größere Plakate heraus, auf denen in großer roter Schrift die wichtigsten Streiklosungen prangten. Ueber die Rolle der Massenstreikposten berichten die Streikleitungen folgendes:

Betrieb N: Die Streikposten der Betriebsarbeiter wurden so eingeteilt, daß immer 12 bis 15 bestimmt wurden zum Stehen. Dazu kamen die Streikposten der Erwerbslosen, die freiwillig standen. Kurierere befanden sich unter ihnen. Wurde die Lage bedrohlich, und das war mehrfach der Fall, holten sie aus dem Streiklokal Verstärkung. In besonderen Fällen wurde die Erwerbslosenstaffel alarmiert. Der Betrieb wurde Tag und Nacht bewacht. In vielen Nächten standen 30 bis 50 Mann. Am Ende des Streiks verstärkten sofort die Kontrolle der Posten, alarmierten in der Belegschaftsversammlung und behoben diesen Mißstand. Jede Streikpostengruppe hatte einen Führer und Stellvertreter. Dieser mußte nach Beendigung seiner Arbeit einen schriftlichen Bericht über alle Vorfälle der Streikleitung abgeben.

Betrieb F: Die Massenstreikposten wurden bei uns im Lokal in Massenquartieren untergebracht. Wir besorgten Strohh und Decken, so daß sie hier übernachten konnten, da wir sehr viele keine Möglichkeit bestanden, so früh zu erscheinen. Wir gaben für diese Kaffee und Brot, so daß dieselben jederzeit bereit waren, als Streikschutz Dienst zu tun.

Betrieb B: Streikbrecher haben wir nur unter den Angestellten zu verzeichnen gehabt, einer von ihnen hat gleich die gerechte Strafe bekommen, indem er sich zwei Finger abstanzte. Die ersten Tase hatten wir zehn Streikbrecher, die es aber, nachdem wir ihnen Zettel an die Häuser schickten hatten und ihnen Sprechchöre auf die Höfe geschickt wurden, vorzogen, sich lieber krank zu melden.

Als Massenstreikposten sollen alle Arbeiter, Arbeiterinnen und Jugendliche Dienst tun. Am besten erfolgt die Einteilung nach den Betriebsabteilungen.

weil sich die Arbeiter dort am besten kennen und eine disziplinierte Durchführung des Streikpostendienstes am ehesten möglich ist. Außer den Betriebsarbeitern werden im Wohngebiet und an der Stempelstelle Arbeiter und Arbeiterfrauen für den Streikpostendienst geworben. Damit die Streikposten die Angestellten, Arbeiter und Hilfskräfte, die versuchen, in den Betrieb zu kommen, erfolgreich beeinflussen und vom Streikbruch abhalten können, ist eine **besondere politische Instruktion der Streikposten notwendig**, aber gleichzeitig auch eine **Instruktion über den wehrhaften Kampf**.

Den Kern der Massenstreikposten bildet die „Betriebswehr“ bzw. der „Streikschutz“. Er arbeitet zusammen mit der Erwerbslosenstaffel bei der Stempelstelle und mit anderen Wehrorganisationen der Arbeiter.

Die Aufgabe der Massenstreikposten ist die Abwehr jedes Streikbruches, Verhinderung der Einfahrt von Autos oder von Kähnen, auf denen Streikbrecher transportiert werden, Verhinderung der Versuche, Arbeiter mit Angestelltenausweisen oder mit den von den Reformisten angestellten Streikbruchkarten in den Betrieb zu schmuggeln, Ausweise für Durchführung von Notstandsarbeiten kann nur die zentrale Streikleitung ausstellen. Sie bestimmt — im Einvernehmen mit der Belegschaft — wann und wo eine Notstandsarbeit durchgeführt werden darf. Die Streikposten verhindern den **Abtransport von Material oder angetragenen Arbeiten**, veranlassen die **Transportarbeiter**, jeden Transport einzustellen und verhindern den **Abtransport fertiger Waren**. Die Streikbrecher werden durch die Selbstschutzkommission der Streikleitung registriert und in ihrer Wohnung besucht. Ist das ohne Erfolg, werden sie der Bevölkerung des Wohngebiets gebührend bekannt gegeben.

Der Streikschutz schützt die Versammlungen, die Demonstrationen, die Streikleitung, die Streiklokale, die Agitationsgruppen usw. Er kämpft gegen den faschistischen Terror und Streikbruch und wehrt die Spitzel, besonders bei den Streiklokalen, Versammlungen und Demonstrationen ab. Er mobilisiert die Arbeiter des Betriebes zur Unterstützung anderer Betriebe, wo der Streikschutz noch nicht funktioniert. So ist der „Streikschutz“ und das Massenstreikpostenstehen eine große Schulung der Arbeiter im politischen und wehrhaften Kampf.

Die Aufgaben der Arbeiterinnen und Frauen

Die Streikleitungen müssen besonders die Agitation und Propaganda unter den Arbeiterinnen und ihre Heranziehung zu allen Funktionen organisieren. Vielleicht beschränken sich die Streikleitungen darauf, eine Arbeiterinnenkommission zu bilden und Arbeiterinnen für Funktionen in der Arbeiterinnen-Agitation heranzuziehen. Die **Hauptaufgabe besteht vielmehr darin, die Arbeiterinnen und die Frauen der Streikenden zu allen Arbeiten im Streikcamp heranzuziehen**, sie haben diese im Kampf zu schulen und so aus ihnen tüchtige Arbeiterinnenfunktionäre zu machen. Als Mitglieder der Streikleitung, als Mitarbeiterinnen in den Kommissionen der Streikleitung, als Mitglieder der Agitationsgruppen, als Streikposten, im Verbindungsdienst, in den Solidaritätsausschüssen, überall sollen die Arbeiterinnen **unabhängig von der Heranziehung durch die Männer** in den Betriebsstreikversammlungen teilnehmen, erfüllen müssen, zeigt der folgende Betriebsbericht:

Betrieb K: Am Morgen fand eine Versammlung für die **Frauen der streikenden Metallarbeiter** statt. Das Referat wurde mit starker Zustimmung aufgenommen und folgende konkrete Aufgaben organisiert:

1. eine Kommission wurde gebildet zum **Sammeln von Lebensmitteln bei Geschäftsleuten**.

2. Eine zweite wurde gebildet, um diese gleiche Arbeit **auf dem Lande** zu erledigen.

3. Ein Antrag an das Bezirksamt wurde gefaßt, **der die Unterstützung der Streikenden fordert** durch Erlaß der Miete, Gas, elektrisches Licht und Milch für die Kinder fordert.

Für die am Mittwoch tagende **Frauen-Delegiertenkonferenz** wurden 12 Delegierte gewählt. Dagegen wurde der Beschluß gefaßt, am Dienstag eine **Demonstration** zwecks Kirchenaustritt der noch der Kirche angehörenden Arbeiter durchzuführen. Die Streikleitung hat eine Bibliothek angelegt, ein Grammophon spielt revolutionäre Lieder.

In größeren Streiks ist es notwendig, eine **besondere Zeitung für die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen** herauszugeben.

Die Angestellten gehören in die Streikfront

Obwohl die Industrieangestellten im wesentlichen die gleichen Interessen haben wie die Arbeiter der betreffenden Industrie, ist der gemeinsame Kampf der Arbeiter und Angestellten erst eingeleitet. Die Arbeitszeit-, Urlaubs- und Gehaltsforderungen der Angestellten sind in der Regel abhängig von den Arbeitsbedingungen der Arbeiter. Deshalb muß auch der Kampf der Arbeiter und Angestellten gemeinsam geführt werden. Dabel ist es notwendig, die **allgemeinen Angestelltenforderungen durch betriebliche Teilforderungen zu ergänzen**. Im Berliner Metallarbeiterstreik wurden die Angestellten wohl auferufen zum Streik gegen den Gehaltsabbau, der unmittelbar nach dem Lohnabbau der Arbeiter durchgeführt werden sollte, die RGO. hatte aber noch nicht die speziellen Teilforderungen für die Angestellten — besonders für die großen Konzernbetriebe — ausgearbeitet.

Die Lehrlinge im Streik

Die Lehrlinge kämpfen während des Berliner Metallarbeiterstreiks für ihre Forderungen gemeinsam mit den Erwachsenen (siehe Tarifvertrag) und vor allem für das Streikrecht und gegen den individuellen Lehrvertrag. Der individuelle Lehrvertrag ist nicht nur ein Mittel zur Knechtung und Ausplünderung der Lehrlinge, sondern er dient der Erziehung zum Streikbruch. Im Aufruf der zentralen Streikleitung an die Lehrlinge wird gesagt:

Für die Lehrlinge gilt, genau wie für die Metallarbeiter, die Parole: **Geschlossen heraus aus den Betrieben! Streik** gegen Lohrraub, für Lohrerhöhung!

Die Ausbeutung der Lehrlinge durch die Metallindustriellen, das Antreiber-system gegenüber den Lehrlingen, die Straßzüge für Lehrlinge, die Heranziehung der Lehrlinge zu **nichtberuflichen Arbeiten, der geringe Lohn**, alles das kann nur beseitigt werden, wenn die Lehrlinge sich mit einreiben in die Streikfront der kämpfenden Metallarbeiter, wenn die Metallarbeiterschaft den Kampf aufnimmt gegen diese Ausbeutungsmethoden und Mißstände gegenüber den Lehrlingen...

Die revolutionäre Gewerkschafts-Jugend-Opposition der Berliner Metallbetriebe schrieb in ihrem Appell:

„Jeder Hammerschlag, jeder Feilstrich, der von einem Lehrling während des Streiks geleistet wird, bedeutet einen Schlag gegen die streikenden Kollegen, einen Schlag gegen die eigenen Lehrlingsforderungen. Wer nicht den Streik der Lehrlinge organisiert, wer nicht zum Streik der Lehrlinge aufruft, duldet, daß die Lehrlinge in den Betrieb gehen, duldet, daß die Lehrlinge von Unternehmern schikaniert, von den kämpfenden Metallarbeitern getrennt, zur Streikbrucharbeit verwendet werden. . . .“

Neben den triftlichen Forderungen hatten die Lehrlinge noch konkrete betriebliche Teilforderungen gestellt.

Die Lehrlinge der Firma F. haben z. B. folgende Forderungen eingereicht: Anständiges Benehmen der Meister den Lehrlingen gegenüber.

Gegen jede Prügel- und Arreststrafen.

Für Wascheis zu jeder Pause 5 Minuten und zu Feierabend 5 Minuten.

Nach 4 Uhr wird nicht mehr ausgelegt.

Anliegen und Maschinen sauber machen nur für den eigenen Arbeitsplatz.

Ordnungsgemäßes Handwerkszeug.

Gegen jede Straiarbeit, wie Kokkschleifen, Nacharbeiten.

Am Tage der Berufsschulzeit arbeitsfrei.

Pausen, eine Viertelstunde Frühstück von 9—9,15 Uhr, eine halbe Stunde Mittag von 12—12,30 Uhr.

Gegen den Abzug bei 10 Minuten Zuspätkommen.

Die Unternehmer versuchten, durch Strafandrohungen gegen die Eltern und andere Terrormaßnahmen die Lehrlinge zum Streikbruch zu zwingen. In Berichten der Lehrlinge lesen wir:

„Betrieb Nr. Nachdem am Dienstag alle Lehrlinge der Firma sich den streikenden Kollegen angeschlossen hatten, schickte die Direktion den Eltern eine Nachricht, wonach sie bei Androhung einer Strafe von 200 Mark, falls die Lehrlinge die Arbeit nicht wieder aufnehmen, bestraft werden sollten. Die Eltern ließen sich dadurch beeinflussen und brachten zum Teil die Lehrlinge wieder in die Betriebe. Für den anderen Tag wurden die gesamten Lehrlinge nach dem Belle-Alliance-Platz bestellt, wo sie auf ein Auto der Firma verladen und unter Polizeibegleitung in den Betrieb gebracht worden sind.“ . . .

Durch Organisation von Elternversammlungen, Besuch der Eltern der Lehrlinge durch Streikhelden in den Wohnungen und durch Massenstreikposten vor den Betrieben gelang es teilweise, den Streikbruch zu verhindern. Die Lehrlinge, die von der Direktion mit Entlassung bedroht und von den Eltern zur Arbeit gezwungen wurden, waren oft froh, daß vor dem Betrieb die Streikposten standen, die ihnen halfen, am Streik teilzunehmen.

Kleingewerbetreibende und Kleinbauern üben Solidarität

Die Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern sind von der Bedeutung des Streiks im Kampfe gegen das Finanzkapital und die Regierung der Volksausplünderung zu überzeugen. Unter der Losung: „Des Arbeiters Not ist während den Kleinbauern geschilddert wurde, wie gleichzeitig mit dem Lohnabbau in der Industrie durch weiteres Anziehen der Steuerschraube den Kleinbauern das Letzte genommen wird, während Großagrarien Millionen-geschenke erhalten. In einem Flugblatt der zentralen Streikleitung an die Mittelständer heißt es u. a.:

„. . . Die Feinde der Metallarbeiter, die Siemens, Borsig und Kompagnie, sind auch Eure Feinde! Sie sind dieselben, die zum Wohle ihrer eigenen zum Platzen gefüllten Geldsäckel nicht genug neue Steuern für Euch und uns erfinden und durchsetzen können. Heute ist die Stunde da, wo wir diesen Parasiten und Volksausplünderern in gemeinsamer Front entgegen-treten müssen. Euch helfen nicht die „Aktionen“ der Nazis gegen die Spiegelscheiben der Warenhäuser, Euch hilft nur der gemeinsame Kampf an unserer Seite gegen die gesamte Politik der Volksausplünderung. Deshalb gilt auch für Euch die Parole:

„Kampfsolidarität mit den Streikenden!“

Unterstützt die Sammelaktion der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der Internationalen Arbeiter-Hilfe. Helmt mit, die notwendige Streikmunition heranzuschaffen. Gebt Geld und Lebensmittel, damit die

Speisungen sichergestellt werden können. Es darf den Unternehmern nicht gelingen, die Streikenden auszuhungern. Wer bereit ist, einen Freitisch für Streikende oder ihre Kinder einzurichten, melde seine Adresse . . .

Auf diesem Wege gelang es, viele Kleingewerbetreibende und Kleinbauern für die Unterstützung des Streiks zu gewinnen und in der Tat einen Teil dieser Schichten als Bundesgenossen im Kampfe unter der Führung des Industrieproletariats zu bringen.

Die Pioniere mobilisieren die Kinder

Auch der Pionierverband hat während des Streiks gute Arbeit geleistet. Seine Aufgabe war, die Kinder der Streikenden zu erlassen und in den Kampf einzubeziehen. Im Zusammenhang mit den allgemeinen Forderungen des Pionierverbandes, die während des Streiks stärker popularisiert wurden, haben die Pioniere noch besondere Teilforderungen aufgestellt, wie z. B.: **Volle Verpflegung aller Kinder der Streikenden und der Erwerbslosen, so-ortige Bereitstellung von Kinderhelmen für die Kinder der Streikenden und Erwerbslosen, sofortige Ausgabe von warmen Kleidern und Schuhen.** Es wurden öffentliche Gruppenabende des Pionierverbandes, **Kinder-nachmittage** für die Kinder der Streikenden und **Kinderdemonstrationen** organisiert sowie die **Sammelaktionen** von Geld, Lebensmitteln und Adressen für **Freitische** (Verpflegung von Kindern in anderen Familien) organisiert. Vielfach geschah die Erfassung der Kinder aus Anlaß der **Essenausgabe** bei den **Küchen**. Dort wurden die Kinder registriert und dann für die **Spiele** und **andere Veranstaltungen** zusammengefaßt.

Die materielle Unterstützung

Die materielle Unterstützung der Streikenden durch warmes Essen und Lebensmittelpakete war nur möglich durch die größte Initiative der **Betriebs-Streikleitungen** und der **Masse der Streikenden selbst**. Viele Arbeiter hatten anfangs Hemmungen. Sie standen noch unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Agitation der letzten Jahre, die planmäßig jede wirkliche Solidaritätsaktion verleumdete, um die revolutionäre Bewegung zu bekämpfen.

Es ist eine Illusion, zu glauben, daß allein mit den finanziellen Mitteln einer Gewerkschaftsorganisation Arbeitermassenkämpfe unterstützt werden können. Die Reformisten stellen diese Unterstützungsfrage als Frage der Stärke der Verbandskasse und wollen damit die Arbeiter von der **Unmöglich-keit** größerer Streiks überzeugen.

Der Berliner Metallarbeiterstreik hat aufs neue bewiesen, daß im Kampfe das Proletariat und seine Verbündeten gewaltige Mittel für die materielle Hilfe für die Kämpfenden anbringen.

Sammeln heißt agitieren. Die **Sammelstätigkeit** ist ein Mittel zur **Auf-rüttelung** der Bevölkerung, der Gewinnung neuer **Mitkämpfer**, der **organisatorischen** Erfassung **Sympathisierender**. In den Betrieben wurde die **Sammel-aktion** unter der Losung geföhrt: **Einen Stundenlohn für die streikenden Metallarbeiter!** In den Wohngebieten wurde von der Internationalen Arbeiterhilfe mit **Listen** gesammelt und gleichzeitig wurden **Adressen** gesammelt für **Freitische** für Streikende oder deren Kinder, sowie **Adressen** für die **Unterbringung** der Kinder von Streikenden. (Umquartierung der Arbeiterkinder.) Eine besonders intensive Sammelstätigkeit wurde unter den **Kleingewerbetreibenden** und bei den **Kleinbauern** auf dem **Dorfe** durchgeföhrt. Darüber wird uns folgendes berichtet:

„Die Solidaritätskolonnen wurden bedeutend erweitert. Sie traten besonders verstärkt am **Sonntag** und **Sonntag** an. Zwei Kollegen fuhren sofort in das Patenschaftsgebiet N. und sandten von dort allein in zwei **Tagen** 120

Zentner Kartoffeln und verschiedene Säcke Gemüse. Vom ersten Tag des Streiks verpflegten wir alle Streikposten mit Kaffee und Schrippen. Auch die Hausfrauen der umliegenden Straßen verpflegten die Streikenden mit Kaffee, ebenso freie Mittagstische sowie Freistellen für Kinder wurden gestellt. Hier muß man erwähnen, daß die Streikleitungen selbst handeln müssen und sich niemals auf Dinge verlassen sollen, die da von irgendeiner Seite kommen oder versprochen werden. Bei der Solidaritätsaktion waren besonders gut die Arbeiterinnen zu gebrauchen. Es wurde von der Org.-Kommission ein Brief an die Geschäftsleute geschrieben, der sehr guten Erfolg beim Sammeln aufwies.

Betrieb B: Die Verpflegungsfrage wurde gelöst durch die Kommission, die von der Belegschaft gewählt worden ist und auf breiterster Grundlage aufgebaut war. Diese teilte die Arbeit ein: 1. **Sammelkolonnen, die täglich aufs Land** führen und Lebensmittel heranschaffen und dies in wirklich großen Mengen; 2. **Kolonnen** hatten die Aufgabe, in der Stadt zu sammeln; 3. **Küchenkommissionen.**

Gleichzeitig wurden im Stadtparlament und in den Gemeinderatsparlamenten Anträge eingereicht auf Bewilligung von Geldsummen zur Unterstützung der Streikenden, auf kostenlose Kinderspeisung und kostenlose Lieferung von Gas und Elektrizität an die Streikenden. Diesen Forderungen wurden durch Demonstrationen der notwendige Nachdruck verliehen.

Aber auch die Hauswirte kamen und halfen den Borsig, Siemens und Co., indem sie von den Streikenden die sofortige Mietzahlung forderten. Unter der Losung: **Massenverweigerung der Mietzahlung, „Borsig soll unsere Mieten zahlen“** wurde für die Ablehnung der Mietzahlung für die Streikzeit agitiert. Durch die Mietermobilisierung in den Häusern und Häuserblocks muß die Mietverweigerung der Streikenden unterstützt und Zwangsmaßnahmen gegen die Streikenden verhindert werden.

In den Konsumgenossenschaften wurden in den Verkaufsstellen durch Funktionäre der Genossenschafts-Opposition Sammlungen für die Streikenden durchgeführt. Notwendig wäre gewesen die Einberufung von Versammlungen der Genossenschaftsmitglieder für die einzelnen Verkaufsstellen, damit durch Beschluß der Mitglieder nicht nur in jeder Verkaufsstelle des Konsumvereins gesammelt wird, sondern offiziell vom Konsum, unter Zusammenarbeit mit der gewählten Streikleitung, Lebensmittel für die Küchen zum Selbstkostenpreis abgezogen werden und eine bestimmte Zahl Brode oder andere Nahrungsmittel kostenlos an die Streikenden — ohne Rücksicht auf ihre Organisationszugehörigkeit — ausgegeben werden.

Die Beendigung des Streiks

Ebenso wie die Arbeiter über den Beginn des Streiks in den Belegschaftsversammlungen beschlossen haben, so muß auch die Beendigung des Streiks durch die Delegiertenkonferenz und in den Belegschaftsversammlungen beraten und beschlossen werden. Auch bei Bewilligung der Forderungen oder teilweiser Bewilligung muß die Streikleitung bzw. die roten Gewerkschaften das Verhandlungsergebnis mit den Unternehmern und die Taktik der Streikleitung den Arbeitern zur Beschlußfassung vorlegen.

Wenn infolge des organisierten Streikbruchs eine erfolgreiche Weiterführung der Bewegung nicht möglich ist, muß die Streikleitung auch verstehen, rechtzeitig den Rückzug anzutreten, um die Desorganisation der Front und eine schwere Niederlage zu vermeiden.

Im Berliner Metallarbeiterstreik stand die Front der kämpfenden Metallarbeiter, unterstützt von den größten Sympathisierern der werktätigen Bevölkerung, fast zwei Wochen fest. Den Metallindustriellen war es nicht gelungen, aus eigenen Kräften die Arbeiter zur Kapitulation zu zwingen und

ihren Lohnraub durchzusetzen. Aber die Fortdauer des Streikes brachte nicht nur die größten Gefahren für die kapitalistische Wirtschaft, sondern verschärfte den politischen Charakter des Kampfes und bedrohte unmittelbar die Regierung.

Die Regierung stellte die Sozialdemokratie vor die eindeutige Frage: Entweder verantwortungsvolle Mitarbeit an der kapitalistischen Wirtschaft und am Staat, d. h. Unterstützung des Lohnabbauens und Zerschlagung der Streikfront durch die reformistischen Gewerkschaften oder Einsetzung aller staatlichen Machtmittel gegen die Streikenden und Hinauswurf der SPD. aus der preußischen Regierung.

Wie es nicht anders sein konnte, ging die Gewerkschaftsbürokratie den ersten Weg. Unternehmer und Reformisten schlossen unter Protektorat der Diktaturregierung ein Abkommen, daß sich die reformistischen Gewerkschaften und Unternehmerorganisationen einem neuen Schiedsspruch vorbehaltlos unterwerfen und die Arbeit bis zum Schiedsspruch zu den alten Bedingungen aufnehmen wird. Es wurde die Einsetzung einer Schiedskommission vereinbart, über deren Tätigkeit der „Vorwärts“ sagte: „Diese drei Männer werden miteinander ringen“. Das heißt: Arbeiter, geht in die Betriebe, der Sozialdemokrat S i n s h e i m e r wird jetzt für euch kämpfen.“ In der Tat unterschrieb der Vertreter der reformistischen Gewerkschaften einige Tage später nach dem Befehl der Regierung 8 Prozent Lohnabbau „im Interesse der Wirtschaft und des Staates“. Die Bürokratie erklärte, diese Abmachung mit den Unternehmern sei bindend für alle Arbeiter und könne durch keine Abstimmung geändert werden. Die Gewerkschaftsfunktionäre des DMV. beschloßen unter dem Drucke der Arbeiter zur Verschleierung dieses schändlichen Verrats eine Urabstimmungskomödie. Ohne Rücksicht auf die Abstimmung spielte die reformistische Bürokratie die Front, indem sie für Siemens, AEG, Turbine und einige andere Betriebe mit der Direktion die sofortige Arbeitsaufnahme vereinbarte und mit allen Mitteln irgendeine Abstimmung der Arbeiter verhinderte.

Die ROO. entlarvte sofort den schändlichen Verrat der Gewerkschaftsbürokratie und forderte die Arbeiter auf, weiter zu streiken und mit allen Kräften die Einheitsfront der streikenden Metallarbeiter gegen den Lohnraub noch fester zusammenzuschmieden. Nur die Arbeiter selbst und ihre gewählten Streikleitungen können über die weitere Taktik entscheiden, nicht aber die reformistische Bürokratie, die ein Hilfsorgan der Diktaturregierung ist. Die Arbeiter lehnen es ab, einen Lohnabbauvertrag anzuerkennen, dessen Inhalt ihnen nicht einmal mitgeteilt wird, weil bei Kenntnis dieses schändlichen Vertrages die Arbeiter nicht in die Betriebe gehen, sondern die reformistischen Führer verjagen würden. Die Linie der ROO. wird am besten charakterisiert durch die Beschlüsse der Belegschaft L:

„Die Belegschaftsversammlung der streikenden Metallarbeiter vom 29. Oktober im „Moabiters Gesellschaftshaus“ erklärt:

Der schmutzige Verrat der sozialdemokratischen DMV.-Bürokratie am Kampfe der Berliner Metallarbeiter ist die glatte Bestätigung aller Voraussetzungen der ROO. über die Rolle der Ulrich und Konforten. Im Interesse der preußischen Koalitionsregierung, um Herrn Severing den Ministersessel, Herrn Grzesinski den Polizeipräsidentenposten von der Bourgeoisie zu erbetteln, verschichern die Ulrich und Eckert die streikenden Metallarbeiter an das Kapital und die Brüning-Regierung.

Das gleiche betrügerische Spiel, wie es seltener gegenüber den Metallarbeitern von Nordwest mit dem Sonderschlichter Severing getrieben wurde, soll wiederholt werden. Schon jetzt ist der „neue Schiedsspruch“ festgelegt, der den Lohnraub nach dem Diktat der Unternehmer bringen soll. Wenn die Reformisten jetzt die Arbeiter auffordern, zu den

alten Bedingungen in die Betriebe zurückzukehren und sie von vornherein dem „neuen Schiedspruch“ zu unterwerfen, so treiben sie ein abgekartetes Spiel und liefern bewußt die Metallarbeiter dem Lohnraub aus.

Die Metallarbeiter haben nicht für die Ministerposten, nicht für Severings und Grzesinski's Feinde gestreikt, sondern für ihre eigenen Klasseninteressen.

Sie brandmarken den Streikbruch der Ulrich und Ecker, die sich würdig in die Streikbrecherrolle der Gelben und Faschisten einreihen haben und nach dem Muster des Stahlhelms ihre Streikbrecherparole ausgeben. Die Metallarbeiter kämpfen weiter unter der Führung der RGO.

Die Lehren des Streiks zeigen jedem Kollegen deutlich, daß er in die Reihen der RGO, gehört.

Die RGO, hat durch die Entfaltung der Solidaritätsaktion den Unorganisierten die Möglichkeit zum Durchhalten gegeben und so die Einzelkämpfer der Organisierten und Unorganisierten geschmiedet.

Die DMV-Bürokratie versuchte, die Unorganisierten auszuhungern und sie zum Streikbruch zu treiben.

Die RGO, hat durch ihre Arbeit unter den Erwerblosen das Kampfbandis der Erwerblosen mit den Betriebs-rebellen geschmiedet und erreicht, daß kein Erwerbloser den Kampf der Unorganisierten in den Rücken ließ.

Die Reformisten haben den Kampf der Erwerblosen stets sabotiert, die Erwerblosen stets verraten und so einen Keil zwischen Erwerblose und Betriebsarbeiter zu treiben versucht.

Die RGO, organisierte das Massenstreikpostenstehen, die wirksame Abwehr der Streikbrecher, die organisierte Solidarität des roten Berlin mit seinen streikenden Metallarbeitern.

Die Reformisten mobilisieren die Polizei gegen die Streikposten und die Sammelkolonnen der IAH, zum Schutz der Unternehmer und des Streikbrechergesandts.

Die RGO, erwies sich als Führerin des Kampfes, als berufenes gewerkschaftliche Kampforganisation der Metallarbeiterschaft, die es auszubauen gilt! Der DMV, erwies sich als Träger des Streikbruches und des reformistischen Verrates.

Darum heißt die Lösung für jeden Metallarbeiter: Hinein in die RGO! Weiterstreiken unter Führung der RGO, für die Forderungen:
Keinen Pfenning Lohnabbau!

Siebenstundentag und 40-Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Arbeiter, Arbeiterinnen und Jungarbeiter!

Nieder mit der Schlichtungs-diktatur!

Gegen den Streikbruch der sozialdemokratischen DMV-Bürokratie und der faschistischen Mordorganisationen!

Massenaustritt in die RGO, die gewerkschaftliche Kampforganisation der Metallarbeiter!

Gegen den Polizeiterror, hinweg mit der Polizei vor den Betrieben!
Fort mit der Regierung Brüning, der Regierung des Lohnraubes, der Volksausplünderung und der Unterdrückung der Arbeiter!

Die von den Reformisten angesetzte Urabstimmung wurde nur teilweise durchgeführt. In einigen Betrieben verhinderten die Reformisten die Abstimmung. In anderen Betrieben, wo die RGO, entscheidenden Einfluß hat, führte die RGO, eine offene Abstimmung in der Belegschaftsversammlung durch und wandte sich gegen die geheime Urabstimmung unter Führung der Reformisten. Die RGO, hatte zur Beteiligung an der Urabstimmung aufgefordert. Dieser Fehler resultierte aus der ungenügenden Klärung dieser Frage. Der Verzicht auf die Entlarvung der Methode der geheimen Urabstimmung bei Beginn des Streiks machte es unmöglich, bei Streikabbruch innerhalb weniger Stunden die Masse der Arbeiter davon zu überzeugen,

42

daß sie in den Belegschaftsversammlungen offen abstimmen sollen, nicht aber unter Führung der Reformisten in geheimer Urabstimmung. Aus einem Betrieb, wo die Reformisten etwas stärkeren Einfluß haben als die RGO, wird berichtet:

Betrieb AEG: Die Reformisten waren bemüht, die Unklarheit bei der Abstimmung zu steigern, selbst in ihren eigenen Reihen war sie vorhanden. Wir konnten feststellen, daß ein Teil der DMV-Mitglieder bewußt für Annahme stimmte. Ein Teil der Kollegen wußte nicht einmal die Bedeutung der Worte: Annahme — Ablehnung. Wir hatten in den Abstimmungsalen Diskussionsgruppen und unsere Flugblätter. Unsere Kollegen setzten alle Kräfte ein. Sehr ungenügend für uns war, daß die Abstimmungen in den DMV-Lokalen stattfanden.

Zur Abwürgung des Streiks setzten die Reformisten ihre Kräfte an der schwächsten Stelle der Front ein, im Siemensbetrieb. Dort organisierten sie, gemeinsam mit der Direktion, die sofortige Arbeitsaufnahme. Die RGO, konzentrierte ebenfalls die besten agitatorischen Kräfte, die aktivsten Funktionäre der antifaschistischen Kampforganisationen und Erwerblosenstaffeln nach Siemensstadt. An den Fabriktoren agitierten die reformistischen Betriebsräte unter dem Schutze der Polizei für die Arbeitsaufnahme, während die Arbeitermassen unter dem Eindruck der revolutionären Streikposten und Agitatoren anfangs zögerten, in den Betrieb zu gehen. Aber bald strömten die Arbeiter — voran die sozialdemokratischen Funktionäre — mit Hilfe der Polizei in den Betrieb. Unter diesen Bedingungen gaben die Vertreter der zentralen Streikleitung die Anweisung, daß die RGO-Anhänger mit als letzte in den Betrieb gehen.

Nur ein Teil der RGO-Mitglieder wurde zur Arbeit zugelassen. Die reformistischen Gewerkschaftsführer hatten mit den Unternehmern vereinbart, daß nur solche Mitglieder des DMV, die nicht der RGO, angehören, nicht gemarginalt werden sollen. Praktisch wurde also die Marginalisierung der Mitglieder der roten Gewerkschaft und der Anhänger der RGO, vereinbart. Hier und da versuchten die Reformisten, die entlassenen Arbeiter auf die Klage beim Arbeitsgericht zu verweisen. Wo die RGO, nicht genügend grundsätzlich die Rolle des Arbeitsgerichts beleuchtet hatte, entstanden manchmal Illusionen bei den Arbeitern über die „Erfolge“, die rote Betriebsräte vor dem Arbeitsgericht erzielen können.

In den Betrieben, wo die RGO, stärkeren Einfluß hatte, wurde der Kampf weitergeführt für die restlose Einstellung aller Streikenden und für die speziellen betrieblichen Forderungen. In dieser Situation zeigte es sich, wo erfolgreiche Arbeit zur Gewinnung der Gewerkschaftsmitglieder und zur Entlarvung der reformistischen Bürokratie geleistet wurde, und deshalb die einheitliche Kampffront länger aufrecht erhalten werden konnte. Als eine Weiterführung des Streiks in den Betrieben, wo die RGO, Einfluß hatte, nicht möglich war, beschloß die zentrale Streikleitung den Abbruch des allgemeinen Streiks bei gleichzeitiger Fortführung der betrieblichen Kämpfe gegen die Entlassungen. Notwendig ist, die entlassenen Kollegen unmittelbar nicht nur zur Regelung der Unterstützungsfrage, sondern zur politischen und gewerkschaftlichen Schulung und Heranreifung zur ständigen Mitarbeit zusammenzufassen.

In dem allgemeinen Aufruf der Streikleitung wurden die Lehren des Kampfes gezogen und an die Arbeiter appelliert, den Einheitsverband der Metallarbeiter zu stärken und zu neuen Kämpfen zu rufen.

Die Gründung des roten Einheitsverbandes der Metallarbeiter

Als Ulrich und Co. die Lebensinteressen der Arbeiter an die Metallindustriellen verkauften und die Arbeiterfront spalteten, um den Lohnraub durchzusetzen, war es die Aufgabe der RGO, nicht nur unmittelbar die Kampfeinheit zu sichern, sondern durch die Gründung des Einheitsverbandes der Metallarbeiter die einheitliche gewerkschaftliche Massenorganisation auf dem Boden des Klassenkampfes zu schaffen.

Der schändliche Verrat der Gewerkschaftsbürokratie zerstörte bei Tausenden von Arbeitern die Illusion, daß der sozialfaschistische Gewerkschaftsapparat erobert werden könne. Gleichzeitig bewies die RGO, daß sie die einzige Organisation ist, die ehrlich für die Interessen der Arbeiter und für die Schaffung der proletarischen Einheitsfront kämpft. Zwölfhundert gewählte Delegierte aus den Betrieben beschlossen unter begeistertester Zustimmung nicht nur der Metallarbeiter, sondern der breitesten Arbeitermassen die Gründung des EVMB. Das war das Signal für die Arbeiterklasse in allen Industrien, in allen Gebieten, durch Stärkung der RGO, die Voraussetzungen für die Gründung roter Gewerkschaften für den Aufbau des roten Gewerkschaftsbundes zu schaffen.

Die Borsig und Co. wollen in der Berliner Metallindustrie nicht nur den Lohnabbau durchsetzen, sondern mit Hilfe der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie die Arbeiterfront zersetzen und zerschlagen. Ihre Rechnung hatte ein Loch. Es ist ihnen wohl gelungen, die sozialdemokratische Bürokratie noch fester an die Kandare zu nehmen, aber sie konnten dadurch nicht die Kampfkraft der Arbeiter schwächen. Im Gegenteil, durch die Gründung des Einheitsverbandes der Metallarbeiter ist eine Garantie für die Stärkung der proletarischen Einheitsfront und für den siegreichen Kampf der Arbeiter geschaffen.

Ein Schritt vorwärts!

Der Fortschritt des Metallarbeiterkampfes bestand in dem aktiven Widerstand gegen die Kapitaloffensive und die Brüning-Diktatur, wodurch die Unternehmer gehindert wurden, ihre Lohnraubpläne vollständig durchzuführen. Der Streik widerlegte das reformistische Geschwätz, daß man in der Krise nicht streiken könne. Er lehrte, daß die Streiks in der gegenwärtigen Situation nur mit der revolutionären Taktik der RGO, und der KPD, gegen die Front von Unternehmern, Staat und sozialfaschistischer Bürokratie zum Siege geführt werden können. Er rüttelte die Arbeiter in den anderen Industrien und Gebieten zum Gegenangriff gegen den Lohnraub auf und entlarvte vor der gesamten Arbeiterklasse die reformistische Bürokratie als notorische Streikbruchorganisatoren. Der Metallarbeiterstreik wurde so zum Ausgangspunkt eines gewaltigen Aufschwungs der RGO, und leitete die Gründung roter Gewerkschaften ein. Damit wurden weitere Voraussetzungen für siegreiche Kämpfe unter Führung der RGO, und für die Vernichtung des sozialfaschistischen Einflusses geschaffen. Im Kampfe haben aber auch breitere Arbeitermassen erfahren, daß ihr Feind nicht nur der Unternehmer ist, sondern daß sie unter Führung der Kommunistischen Partei gegen alle Ausbeuter des kapitalistischen Ausbeutungs- und Unterdrückungssystems kämpfen müssen, um die Herrschaft der Bourgeoisie zu brechen und durch den Aufbau des Sozialismus Brot, Arbeit und Freiheit für alle Werktätigen zu sichern.

Die Tarifvertragsforderungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition für die Berliner Metall-Industrie

I. Geltungsbereich.

- a) Der Tarifvertrag gilt für alle in der Metallindustrie und den damit zusammenhängenden Betrieben der Mitglieder des Verbandes Berliner Metallindustrieller beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen einschließlich der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge, soweit diese Betriebe im örtlichen Geltungsbereich liegen.
- b) Den örtlichen Geltungsbereich bildet die Stadtgemeinde Berlin, außerdem die Orte Hennigsdorf, Wildau mit Hoherlehme, Teltow, Lokomotivfabrik Drewitz, Falkensee.

II. Arbeitszeit.

- a) Die Dauer der Arbeitszeit beträgt täglich sieben Stunden. An den Sonntagen und vor Feiertagen beträgt die Arbeitszeit fünf Stunden.
- b) Für den Verdienstaufschlag durch die Verkürzung der Wochen-Arbeitszeit von 48 Stunden auf 40 Stunden wird voller Lohnausgleich gezahlt.
- c) Ueberstunden über die täglich siebenstündige und wöchentlich vierzigstündige Arbeitszeit hinaus sind unzulässig. Ueberstunden in Fällen, wo Leben und Gesundheit der Arbeiter gefährdet oder eine schwere Schädigung für Belegschaftsmitglieder erwachsen würde, bedürfen der Zustimmung des Arbeiterrats. Der Arbeiter darf auch nicht in Ausnahmefällen zur Leistung von Ueberstunden gezwungen werden. Alle geleisteten Ueberstunden müssen abgemummt werden. Für die vom Arbeiter für notwendig befundenen Ueberstunden ist ein Aufschlag, und zwar für die erste Stunde von 25 Prozent, darüber hinaus von 50 Prozent, zu zahlen.
- d) Für Arbeiter und Arbeiterinnen unter 18 Jahren beträgt die Arbeitszeit täglich sechs Stunden. Sonntags- und Nachtarbeiten sowie Ueberstunden sind untersagt. Die Sonntagsruhe muß mindestens 42 Stunden betragen.
- e) Für Frauen ist die Nacharbeit verboten, so daß auch bei Schichtarbeit die Arbeitszeit nicht nach 22 Uhr ausgedehnt werden darf.

III. Lohnsätze.

- a) Für die Entlohnung gelten die in diesem Abschnitt vereinbarten Mindestlohnsätze. Die Mindestlohnsätze richten sich nach der Art der Arbeiten. Diese werden unterschieden nach
 - A) Facharbeiten einschließlich angelernte Tätigkeiten.
 - B) Hilfs- und Transportarbeiten.
- b) Für jede dieser Gruppen wird ein Mindestlohnsatz festgelegt. Dieser beträgt:
 1. männliche und weibliche Arbeiter über 18 Jahre
Gruppe A: Mindestlohn 1,32 Mark
Gruppe B: Mindestlohn 1,20 Mark
 2. männliche und weibliche Arbeiter unter 18 Jahren
von 14—16 Jahren Mindestlohn 60 Prozent,
von 16—18 Jahren Mindestlohn 85 Prozent
der Sätze der erwachsenen Hilfs- und Transportarbeiter.Bei Leistung gleicher Arbeiten, wie sie von erwachsenen gelerntem oder Hilfsarbeitern ausgeführt werden, ist der gleiche Lohn zu zahlen.
- c) Wird dem Arbeiter aus betrieblichen Gründen eine schlechter bezahlt

- Arbeit zugewiesen, so darf eine Verdienstkürzung nicht eintreten. Jeder Arbeitswechsel bedarf der Zustimmung der Betriebsvertretung.
- d) Werden besondere lebensgefährliche oder gesundheitsschädliche Arbeiten verrichtet, so wird mindestens eine Vergütung von 25 Prozent auf den Durchschnittslohn bezahlt.
- e) Bei besonders schmutzigen oder sonstigen Arbeiten, die einen größeren Kleiderverbrauch bedingen, wird vom Unternehmer kostenlos Arbeitskleidung geliefert.

IV. Akkordarbeit.

- a) Das Akkordsystem ist abzuhauen. Bis zur vollständigen Beseitigung müssen die Akkordlerise so festgesetzt sein, daß der Arbeiter einen Verdienst von 25 Prozent über seinen Tariflohn erzielt.
- b) Jeder im Akkord beschäftigte Arbeiter erhält vor Beginn der Arbeit einen Akkordzettel, auf dem die Art der Arbeit und der Preis verzeichnet sein muß. Bei Zeichnungsarbeiten muß auch die Zeichnung vorher ausgehändigt werden. Der Preis darf nur in Geld (also nicht in Zeit) angegeben werden.
- c) Bei Akkordarbeit ist die Wartezeit nach dem Durchschnittsstundenverdienst zu bezahlen.
- d) Für jugendliche Arbeiter und für alle Arbeiten am Wandertisch und Fließband ist die Akkordarbeit verboten, desgleichen sind die Kolonnen- und Gruppenakkorde verboten.
- e) Scheidet ein Arbeiter vor Beendigung eines Akkordes aus dem Betrieb aus, so ist die Arbeit mit dem Durchschnittsstundenverdienst zu bezahlen.

V. Urlaub.

- a) Der Urlaub beträgt für jeden Arbeiter unter 18 Jahren 24 Arbeitstage, für jeden Arbeiter über 18 Jahre 12 Arbeitstage, in gesundheitsschädlichen Betrieben 24 Arbeitstage.
- b) Der Urlaub kann nicht durch Bezahlung abgezogen werden.
- c) Die Schwerebeschädigten und Unfallbeschädigten erhalten zu dem ihnen zustehenden Urlaub einen weiteren Urlaub, der jeweils in Vereinbarung mit dem Arbeiterrat festzulegen ist; mindestens aber sechs Arbeitstage betragen muß.
- d) Bei Schwangerschaft wird ein bezahlter Urlaub von sechs Wochen vor und sechs Wochen nach der Niederkunft gewährt.
- e) Im Frühjahr erfolgt über die allgemeine Regelung der Urlaubsverteilung eine Aussprache mit dem Arbeiterrat. Der Urlaub wird in den Monaten April bis einschließlich Oktober gewährt, wobei die Wünsche des einzelnen Arbeiters zu berücksichtigen sind. Durch Krankheit oder Verletzung darf der Urlaub nicht aufgehoben oder verkürzt werden.

VI. Pausen.

- a) Durch Vereinbarung mit dem Arbeiterrat sind regelmäßige Pausen festzusetzen. Diese müssen so bemessen sein, daß sie zum Einnehmen von Mahlzeiten ausreichen.
- b) Vor jeder Pause sowie vor Schluß der Arbeitszeit wird eine Waschzeit von fünf Minuten festgesetzt, die mit dem Durchschnittsverdienst bezahlt werden muß.
- c) Bei Arbeit am laufenden Band, am Wandertisch und bei jeder Art Fließarbeit sind stündliche Pausen von zehn Minuten Dauer einzurichten, die als Arbeitszeit gelten und ebenfalls mit dem Durchschnittsstundenverdienst bezahlt werden müssen.

VII. Lohnwoche und Lohnzahlung.

- a) Die Lohnwoche beginnt mit der ersten Schicht am Montag einer jeden Woche.
- b) Die Auszahlung des Arbeitslohnes erfolgt während der Arbeitszeit an einem Werktag mit Ausnahme des Sonnabends.

VIII. Arbeitsbehinderung.

- a) Muß infolge irgendwelcher Störungen, z. B. Maschinendefekte, Strom- und Kohlenmangels, die Arbeit für die ganze Belegschaft oder einen Teil derselben ruhen, so muß die Bezahlung nach folgenden Grundsätzen erfolgen:
Jede Unterbrechung wird mit dem Durchschnittsstundenverdienst bezahlt. Auch wenn die Betriebsleitung auf die Anwesenheit der Arbeiter verzichtet, muß die Bezahlung erfolgen.
- b) Versäumte Arbeitszeit wird außerdem bezahlt:
Bei einem Betriebsunfall der Ausfall des Arbeitstages, beim Todesfall eines Familienmitgliedes 2 Arbeitstage, beim Tode oder der Niederkunft der Ehefrau 3 Arbeitstage, sämtlich mit dem Durchschnittsstundenverdienst.

IX. Berufsausbildung.

Die Lehrlinge der Berliner Metallindustrie werden in den Tarifvertrag einbezogen.

- a) Die Lehrzeit beträgt für alle Berufsgruppen der Metallindustrie höchstens drei Jahre. Die Lehrlinge dürfen nur mit Arbeiten beschäftigt werden, die zur Berufsausbildung gehören. Aufräumungs- und Säuberungsarbeiten sind von Hilfsarbeitern auszuführen. Die Kontrolle der Ausbildung wird durchgeführt von den Arbeiterräten und gewählten Jugendvertrauensleuten. Die Lehrzeit darf nicht um die wegen Krankheit versäumte Zeit verlängert werden.
- b) Die Arbeitszeit beträgt für Lehrlinge unter 18 Jahren täglich sechs Stunden und über 18 Jahre täglich sieben Stunden. Überstunden, Spätschicht, Nacht- und Sonntagsarbeit ist für Lehrlinge verboten.
- c) Jede Art der Akkord- und Fließbandarbeit wie auch Kolonnen- und Gruppenakkord ist für Lehrlinge verboten.
- d) Der Urlaub beträgt für alle Lehrlinge unter 18 Jahren 24 Arbeitstage, über 18 Jahren 18 Arbeitstage jährlich bei voller Bezahlung des Tariflohnes. Versäumte Arbeitstage (Krankheit, Arbeiterfeiertage) dürfen nicht auf den Urlaub angerechnet werden. Die Zeit ihres Urlaubs wählen die Lehrlinge selbst.
- e) Die Fortbildungsschularbeit wird restlos in die Arbeitszeit verlegt und muß bezahlt werden. Ebenso ist das Fahrgehd von und zur Schule zu bezahlen.
- f) Alle zur beruflichen Ausbildung notwendigen Werkzeuge zum Bearbeiten und Messen muß der Unternehmer liefern und ist für ordnungsmäßige Instandhaltung verantwortlich. Desgleichen sind vom Unternehmer die Arbeitskleidung und die notwendigen Lernmittel zu liefern.
- g) Alle Arten der Strafen (Prügeln, Geldstrafen, Aufräumen nach Peterabend) sind verboten.
- h) Für die weiblichen Lehrlinge gelten dieselben Bestimmungen des Tarifvertrages wie für die männlichen.
- i) Die Lehrlinge erhalten uneingeschränkte Koalitionsfreiheit und Streikrecht.
- k) Alle Schutzvorschriften müssen mit besonderer Sorgfalt bei den Lehrlingen angewandt werden, um gesundheitliche Schädigungen zu vermeiden.

l) Die Lehrlinge dürfen weder durch finanziellen Druck noch durch Benachteiligung in der Ausbildung gezwungen werden, an Einrichtungen oder Veranstaltungen des Unternehmers teilzunehmen.

m) Der Lohn der Lehrlinge beträgt
im 1. Lehrjahre 30 Prozent
im 2. Lehrjahr 60 Prozent
im 3. Lehrjahr 85 Prozent

vom Mindestlohn der Gruppe der Facharbeiter.

Geringere Leistungen berechtigen nicht zu Lohnkürzungen.

n) Die Jugendvertrauensleute, die von den Lehrlingen und Jungarbeitern gewählt sind, haben die Durchführung des Tarifvertrages zu überwachen und sind zu den Verhandlungen über Lehrlingsfragen hinzuzuziehen. Die von den Jungarbeitern und Lehrlingen beauftragten Jugendvertrauensleute nehmen an den Sitzungen des Betriebs- und Arbeiterrats teil.

o) Nach Beendigung der Berufsschulausbildung müssen die Lehrlinge bei Einhaltung aller tariflichen Bestimmungen noch mindestens ein Jahr weiterbeschäftigt werden.

X. Allgemeines.

a) Die Regelung der Arbeitsbedingungen im Betrieb erfolgt mit der Betriebsvertretung (Betriebs-, Arbeiterrat und gewählte Vertrauensleute) gemäß den tariflichen Vereinbarungen.

b) Eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter ist unzulässig. Die Betriebsräte, gewählten Vertrauensleute und alle Arbeiterorganisationen haben das Recht, Mitteilungen für die Belegschaftsmitglieder und deren Angehörige am schwarzen Brett anzuschlagen, sowie die Kontrolle der Organisationszugehörigkeit durchzuführen.

c) In jeder Werkstatt bzw. Abteilung ist von den Arbeitern eine Lohnkommission von mindestens drei Mann zu wählen, diese überwacht die Einhaltung dieser Tarifbestimmungen.

d) Gewählte Vertrauensleute der Arbeiter und die Mitglieder der Kommission nach Abschnitt X, Abs. c) dürfen nicht entlassen werden.

e) Diese Kommissionsmitglieder erhalten für erlittenen Verdienstausfall durch Verhandlungen usw. den Durchschnittsstundenverdienst bezahlt.
f) Für das Reinigen der Maschinen und Arbeitsplätze ist eine für sorgfältige und sachgemäße Reinigung erforderliche Zeit anzusetzen, die mit dem Durchschnittsstundenverdienst zu bezahlen ist.

g) Wo in diesem Tarifvertrag von Durchschnittsstundenverdienst gesprochen ist, gilt der Durchschnittsstundenverdienst derjenigen sechs Lohnwochen, die der betr. Lohnwoche vorangehen.

h) Jedem Arbeiter wird das notwendige Werkzeug kostenlos geliefert.

i) Für genügende Reinigung, Lüftung und Heizung der Arbeitsräume hat der Unternehmer Sorge zu tragen, desgleichen ist für gut verschließbare Garderobenräume und -schränke, ausreichende Wascheinrichtungen und Aborte vom Unternehmer zu sorgen.

k) Bestimmungen der Arbeitsordnungen, die dem Inhalt dieses Tarifvertrages widersprechen, werden außer Kraft gesetzt. Dort, wo für die Arbeiter bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen vorhanden sind, die über die Tarifbestimmungen hinausgehen, dürfen dieselben nicht beseitigt werden.

XI. Inkrafttreten und Geltungsdauer.

Dieser Tarifvertrag tritt sofort in Kraft. Er kann monatlich am 1. jeden Monats gekündigt werden.

Verlag Betrieb und Gewerkschaft GmbH, Berlin. Verantwortlich für Inhalt und Verlag: Fritz Heckert, M. d. R., Berlin. Druck: Druckerei Fortschritt A.-G., Erfurt.

Wichtige Schriften für den Kampf um Brot, Arbeit, Freiheit!

Die RGO., was sie ist und was sie will!

32 Seiten Preis 10 Pfennig
2. erweiterte und verbesserte Auflage — 100. bis 175. Tausend
Jeder Werkhätige, der mitkämpfen will, liest diese Schrift!

Arzt oder Totengräber?

Preis 10 Pfennig
Der Leipziger Parteitag hat wiederum den Beweis erbracht, daß die SPD, der Arzt des Kapitalismus sein will. Aber das revolutionäre Proletariat will der Totengräber des Kapitalismus sein und die sozialistische Wirtschaft aufbauen.

In ganzen Gruppen kommen die Mitglieder der SPD. zur revolutionären Front. Die Schrift soll nun allen um Klarheit ringenden Anhängern der SPD. helfen und ihnen zeigen, daß Marx und Engels nicht Reaktionsäre sind, wie Tarnow sagt, sondern daß die werthätige Klasse nur dann den Sieg erringen kann, wenn sie die Lehren von Marx, Engels und Lenin befolgt. Die Broschüre ist auch Rüstzeug für jeden revolutionären Agitator. Lest diese Schrift und verbreitet sie.

Was raubt Dir die Notverordnung?

Preis 10 Pfennig
Die Auswirkungen der letzten Notverordnung treffen mit härthbarer Härte alle Schichten des werthätigen Volkes. Neue Notverordnungen drohen das letzte Stück Brot zu nehmen. Jeder liest im eigenen Interesse diese Schrift, die ihm auch zeigt, was zu tun ist, wenn sich das arbeitende Volk vor dem Untergang in die kapitalistische Barbarei bewahren will. Lest die Broschüre nicht nur, sondern sorgt auch dafür, daß sie in Massen verbreitet wird.

Verlag Betrieb und Gewerkschaft, G. m. b. H.
Berlin C 25, Münzstraße 24

Ernst Thälmann

zeigt den Weg

Volksrevolution über Deutschland

Rede, gehalten auf dem Plenum des ZK. der
KPD, vom 15. bis 17. Januar 1931

62 Seiten. Preis 10 Pfg. **Beschlagnahmt**

Ernst Thälmann

Katastrophe oder Sozialismus

Der Führer der KPD, ruft die werktätigen
Massen, Arbeiter, Bauern, Angestellte, Mittel-
ständler und Beamte zum Kampf gegen die
Notverordnung und zeigt den Ausweg aus
dem Elend kapitalistischer Barbarei

32 Seiten

Preis 10 Pfennig

Reden auf der Plenarsitzung des ZK. der KPD.

Ernst Thälmann

14. und 15. Mai 1931

Vorwärts

unter dem Banner der Komintern

In dieser Rede behandelt der Gen. Ernst Thäl-
mann die Ergebnisse der neuesten Entwick-
lung der Krise und ihre Auswirkung und die
Aufgaben der Arbeiterklasse in dieser Situation

40 Seiten

Preis 10 Pfennig

Herausgegeben vom ZK. der KPD.

Hermann Remmele

gibt eine Analyse der kapitalistischen
Weltkrise in der neuen Broschüre

Kapitalistischer Zusammenbruch

**in Deutschland —
Sozialistischer Aufbau
in der Sowjetunion**

32 Seiten

Preis 10 Pfennig

**INTERNATIONALER ARBEITER-VERLAG
BERLIN C 25**